ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 13

2,-DM



Bundesweite und landesweite Asylpolitik

„Zählappell" für Flüchtlinge

Ich hasse Betty Mahmoody!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nun liegt sie vor euch, die neue **atze**. 36 Seiten stark, und leider ist noch immer nicht alles drin, was wir gerne drin hätten. Kein Beitrag über die Wunsiedel-Fahrt die von Schleswig-Holstein aus organisiert wurde, und an der ca. 60 KielerInnen teilgenommen haben. Auch auf die weiteren Entwicklungen in der ehemaligen DDR, die mörderischen Angriffe auf AusländerInnen und AsylantInnen, gehen wir nicht genauer ein. Noch haben wir keine guten Verbindungen zu AntifaschistInnen dort. Uns fehlen einfach genauere Informationen. Bei den letzten Meldungen über Anschläge und Angriffe in der ehemaligen DDR und im Saarland überkommt uns kalte Wut. Angesichts all dieser Umstände können wir nur alle zur Mitarbeit und Unterstützung von antifaschistischer Arbeit aufrufen: sie ist wichtiger denn je!

Bedanken wollen wir uns auf diesem Wege auch für die Spenden die uns erreicht haben:

Einerseits für die **atze**-Sonderausgabe zu Thomas Darsow. Die Spenden halfen uns dabei die Ausgabe zu finanzieren.

Andererseits danken wir denjenigen, die für die Reperaturkosten der Busse, die auf der Rückfahrt von der Demonstration in Wunsiedel von Neonazis beschädigt wurden, gespendet haben.

Viel Spaß beim Lesen!

Neue Broschüre erschienen

Dokument-Aktion zum Fall Welpe
von der AG Wissenschaftskritik gegen Sexismus und Rassismus an der Fachhochschule Kiuel/Fachbereich Sozialwesen.
Die Broschüre ist erhältlich im Buchladen Zapata, Jungfernstieg 7, Kinder- und Jugendbuchladen Trau dich, in der Holtenauer Str. 92, und Buchladen Fantasia, Medusastraße, Kiel-Gaarden.
Oder zu bestellen über die AG Wissenschaftskritik, Schweffelstraße 6, 2300 Kiel.

Atze
Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel 1
Auflage: 800
Nr. 13 Oktober/Dezember 91
V.i.S.d.P.: Wolfgang Petersen

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis

Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Wie SPD-Zuwanderungskonzept mit CDU-Abschiebepolitik zusammenpaßt

Die Quote sei nun mal mit 670 Asylbewerbern übererfüllt, ob wir denn wollten, daß die Menschen noch menschenunwürdiger lebten als schon jetzt in den überfüllten Unterkünften, so Heide Moser in dem Gespräch mit dem „Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung" in Kiel am 17.9..Sogar die eigenen SPD-Partei-Bürgermeister in den Kommunen seien angesichts „der Flut" nicht mehr zu überzeugen, mehr Menschen aufzunehmen. Also Sachzwang und doch gutwillig oder was? Hinter solchen Ausflüchten steht die Politik der Landesspitze der SPD, zu der auch Heide Moser gehört, sowie der zuständigen Ministerien. Mit ihrem „ganzheitlichen Zuwanderungskonzept" will die SPD die Asylbewerber spalten: so heißt es am 5.6.91 in der Parlamentspressekonferenz: „Im idealtypischen Fall würde das bedeuten: uneingeschränktes !individuelles! Grundrecht auf Asyl für politische Verfolgte, Flüchtlingsgesetz für alle anderen Gruppen von Flüchtlingen, Einwanderungsgesetz für Armutswanderung". Den letzteren beiden Gruppen soll mit „Kontingentslösungen" schon an den „Wohlstandsgrenzen" entgegengetreten werden. So schafft es die SPD momentan, als Verfechter des Asylrechts in § 16 GG gegen die CDU aufzutreten, und doch durch die Einführung von ergänzenden Bundesgesetzen alle generellen Rechte von Flüchtlingen zu vernichten.

Im gerade druckfrischen Diskussionsentwurf der Landes-SPD für die kommenden Landtagswahlen am 5.April heißt es dazu wörtlich: „Menschen, die vor Unterdrückung, Krieg und Hunger in die Bundesrepublik fliehen, ohne im Sinne der geltenden Rechtssprechung individuell politisch verfolgt zu sein, dürfen nicht länger in Asylverfahren gedrängt werden. Sie müssen im Rahmen von begrenzten Kontingenten andere Aufnahmemöglichkeiten erhalten, so daß das Asylrecht entlastet wird und die Zuwanderung kontrolliert werden kann." Dringende humanitäre Gründe für Aufnahme sind für Heide Moser „Gefährdung durch Krieg und Bürgerkrieg, existenzbedrohende wirtschaftliche Probleme, Diskriminierung von Minderheiten und Gruppen deutscher Volkszugehörigkeit, soweit bisher keine Ausreisemöglichkeiten bestanden (UDSSR, Rumänien)". Diese letzten Gruppen lagen in der Landtagsdebatte ebenso Dall`Asta und Solterbeck von der CDU am Herzen, nämlich „Bevölkerungsgruppen, für die Deutschland schon jetzt eine besondere Fürsorgepflicht habe" Aber auch der unkontrollierte Flüchtlingsstrom z.B. aus Polen ist ihnen nicht mehr recht: „Auch die Einwanderung aus Osteuropa kann sich nicht länger ungesteuert über das Asyl- und Vertriebenenrecht vollziehen, sondern muß gesetzlich neu geregelt werden," heißt es weiter im Programmentwurf der SPD. Auch bei der CDU gibt es schon Stimmen, wenn man einerseits immer mehr wirtschaftlichen Hilfen in die östlichen Staaten schiebe, könne man andererseits verlangen, daß die Menschen dortblieben. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, Einmischung gelungen.

„Beschleunigung" von Asylverfahren

Die schleswig-holsteinische Landesregierung war zudem bundesweit Vorreiter für die Beschleunigung, d.h. für das schnellere Abbügeln der Asylverfahren. So werden z.Teil Anhörungen in Itzehoe mit fragwürdigen vier Fragen direkt im Heim geführt, Ausführungen über die Fragen hinaus sind kaum möglich, die Kopie des Anhörungsprotokolls wird nicht in Landessprache abgefaßt. „Asylsuchende haben einen Anspruch auf faire und rasche Verfahren" wird es im Programm formuliert.

Angesichts der Flüchtlingsbewegungen und drohenden Abschiebungen ist es wichtig, gerade der BRD als einen der Hauptaussauger der Länder der Dritten Welt und der Länder Osteuropas das Recht zu bestreiten, die Opfer dieser Politik an den Grenzen abzuwehren. Jede Gegenwehr gegen einzelne Maßnahmen dieser Politik ist dabei nützlich.

(D.M./ BWK/Volksfront).

Quellen: SPD-Landtagswahlprogramm Diskussionspapier 4.9.91/ Antifa-Nachrichten GNN 30.8.91/, Gegensätze Elmshorn 8/91/PDS-Arbeitspapier Juni 91.

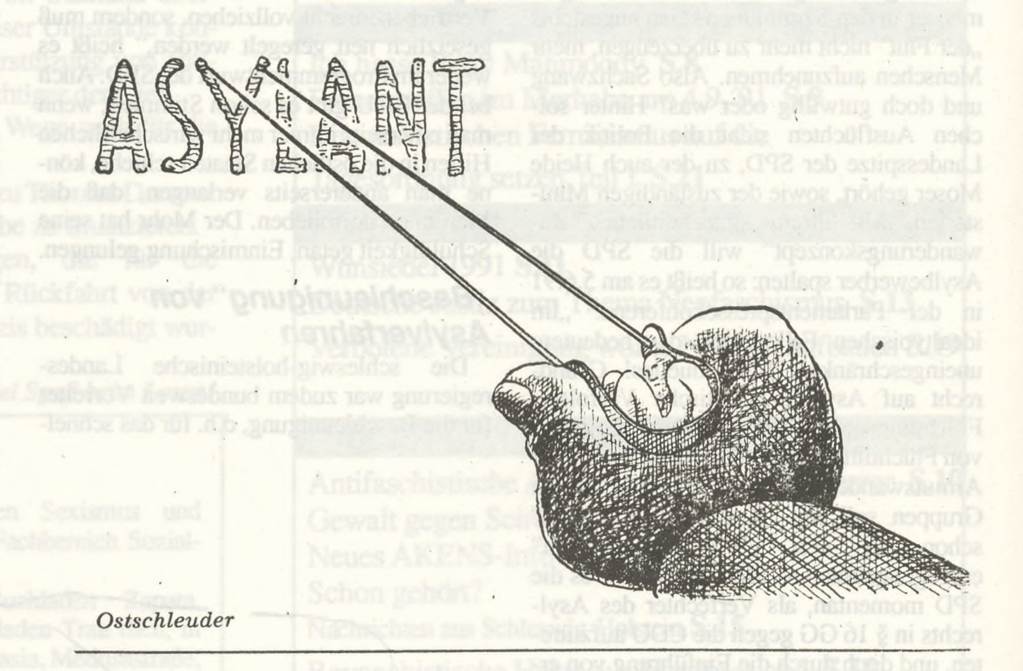


Bundesweite und landesweite Asylpolitik:

Sich einmischen - selektieren - beschleunigen - abschieben.

Seit dem 12.9. weigert sich eine Gruppe von ca. 60 Flüchtlingen aus 10 verschiedenen Nationen, die Fahrt in die östlichen Bundesländer anzutreten. Die Flüchtlinge haben Zuflucht in der Anscharkirche in Neumünster gesucht, am 15.9. einen Hungerstreik begonnen. Ihre berechtigten Gründe haben sie dem Kirchenvorstand, Innenminister Bull, Sozialminister Jansen, der Ausländerbeauftragten der Landes-SPD, Heidemarie Moser, und der Öffentlichkeit mitgeteilt: 1. Ständige Angriffe von Neofaschisten auf Flüchtlinge und Nichtdeutsche (erst am 12.9. wurde wieder ein Flüchtling in der EX-DDR ermordet), die noch stärker isoliert sind als hier. 2. Verschickung dorthin heißt größere Gefahr der Abschiebung, weil es Rechtsanwälte, die sich gut im Ausländer- und Asylrecht auskennen, dort kaum gibt. (siehe auch Kasten zur Asylpolitik der DDR). 3. Medizinische Versorgung und Unterbringungsmöglichkeiten der Flüchtlinge sind noch katastrophaler als in Schleswig-Holstein, Kinder können meist die Schulen nicht besuchen. 4. Der Abschiebeschutz für Kurden, der hier wenigstens landesweit bis zum 1. Oktober gilt, fällt dort weg.

Der Kirchenvorstand verhält sich nach der Diskussion mit den Flüchtlingen selbst abwartend, die Landesregierung blockt ab, Heide Moser spricht von „Stimmungsmache" und „Effekthascherei", die Landespresse (sprich KN) beginnt passend zur Zeit ab 16.9. die Serie „Problem Asyl - Zahlen, Fakten, Hintergründe". „Immer mehr Menschen aus Osteuropa, aus Ländern mit politischen und militärischen Wirren und aus den Hunger-Gebieten der Dritten Welt suchen Zuflucht im „Goldenen Westen"", so die Einleitung. Die Presse unterstützt und fördert dabei aktiv das Bild und Bewußtsei, als Insel des Wohlstands von der Armut und den Armen eingekreist und bedroht zu werden.



Ostschleuder

Es gibt dennoch Unterstützung für die Neumünsteraner Flüchtlinge: direkte Hilfsangebote, Unterschriftensammlungen, Presseerklärungen, Aktionen, eine Demonstration. Viel wird davon abhängen. Und ob es gelingt, auch gegen die Politik der Landesregierung in Schleswig-Holstein eine Gegenöffentlichkeit zu erreichen und insgesamt Verbesserungen und mehr Rechte für Flüchtlinge hier zu ereichen.

Staatliche Gesetze zur Ungleichheit von Menschen fördern Diskriminierung und Rassismus hier und in der früheren DDR

Daß sich neofaschistische Ideen und Handgreiflichkeiten bis zu den jüngsten Anschlägen gegen Ausländer durchsetzen können, geduldet von der jeweiligen Polizei, ist sicherlich nicht, wie jetzt im Brennpunkt der Diskussion, ein ostdeutsches Phänomen. Beispiele aus Schleswig-Holstein und Hamburg belegen dies. Auch in den ostdeutschen Ländern sind die Menschen unserer Meinung nach nicht einfach „ausländerfeindlich" oder gar rassistisch, und daß die Neofaschisten sich dort derart tummeln und Ausländer bedrohen können, hat sicherlich wie hier auch mit Ausländer- und Flüchtlingspolitik des DDR-Staates zu tun, auf die wir eingehen wollen.

Es gab einen krassen Widerspruch zwischen dem „proletarischen Internationalismus", der positiv Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt unterstützte und der Politik gegenüber den Ausländern in der DDR selbst. In der DDR lebten 1988 ca. 190.000 Ausländer, gemessen an der Gesamtbevölkerung also erheblich weniger als in der BRD. Ein Asylrecht in dem Sinne gab es nicht; die DDR trat auch nicht der Genfer Flüchtlingskonvention bei. Von den 190.000 Ausländern lebten 35.000 mit „ständigem Wohnsitz" und damit einem sicheren Aufenthaltsstatus in der DDR; etwa 55.000 Ausländer absolvierten eine Ausbildung an den Hochschulen und als Facharbeiter in den Betrieben; rund 75% kehrten nach Facharbeitererabschluß in ihre Heimat zurück. Rund 100.000 Ausländer, in der Hauptsache vietnamesische Landsleute, kamen als Arbeitsemigranten mit einer räumlichen und zeitlichen Begrenzung (4-5 Jahre) in die DDR und erhielten eine befristete Arbeitserlaubnis. Diese bilateralen Verträge, etwa mit Vietnam, waren hochgradig diskriminierend: ausländische Frauen, die ein Kind erwarteten, wurden abgeschoben, den Immigranten standen 5 qm Wohnraum zu, 0,1 qm mehr als Strafgefangenen. In speziellen Wohnheimen ghettoisiert, verrichteten sie - wie auch hier - die schlechtesten und unqualifiziertesten Arbeiten - 85% mußten Schichtarbeit verrichten.

Die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung

Bereits vor einem Jahr, am 25.9.90, hat die Bundesregierung eine neue Flüchtlingskonzeption beschlossen, die die „Bekämpfung der Ursachen von Fluchtbewegungen" zum Hauptziel erklärt. Die Bundesregierung greift damit scheinbar eine Überlegung auf, die bisher eher von der Opposition vertreten wurde: die Flüchtlingsinitiativen hatten in ihren programmatischen Erklärungen, die um 1986 entstanden sind, die Fluchtursachen Krieg, Folter, Not, etc. ausdrücklich betont, , um damit die Propaganda gegen die „Wirtschaftsasylanten" zurückzuweisen und sowohl die Berechtigung der Flucht als auch die moralische Pflicht der BRD, Flüchtlinge aufzunehmen, zu begründen. Dies wurde zum Teil noch dadurch unterstrichen, daß auf Waffenlieferungen der BRD in Kriegs- und Krisengebiete bzw. auf die historischen und aktuellen Ausbeutungsbeziehungen hingewiesen wurde.

Während es den Flüchtlingsinitiativen in ihrer Argumentation also darum ging, aus der Analyse der Fluchtursachen Ansprüche der Flüchtlinge zu begründen, bestreitet die Bundesregierung jetzt mit dem scheinbar weitergehenden Konzept, Fluchtursachen zu bekämpfen, den Flüchtlingen alle Ansprüche. Mit dem Verweis auf ihre „Beiträge" zur Bekämpfung der Fluchtursachen, formuliert sie eine Pflicht für die Flüchtlinge, in den Elendsregionen zu bleiben.

Das vollmundige Bekenntnis zum politischen Asyl solcher Flüchtlinge, die gerade genehm sind, wird gekoppelt mit Selektion der unerwünschten „Armutsflüchtlinge", geht einher mit einem brutalem Konzept der Kasernierung von Flüchtlingen in den Ländern, mit Abschiebung und Diskriminierung. Leider fallen Teile der opposionellen Bewegung auf diese Strategie herein: so wird bei den GRÜNEN in Bayern oder Baden-Württemberg öffentlich die „Verantwortung" der BRD gefordert, als „reiche Nation" sich verstärkt politisch und wirtschaftlich in den „Entwicklungsländern" zu engagieren, so äußert sich leider auch PRO ASYL zum Motto der Ausländerwoche 1991 „Fluchtursachen bekämpfen - Flüchtlinge schützen": Wir regen an, stärker auch an die für die Außenpolitik verantwortlichen Politiker und Ministerien heranzutreten und ihre Politik im Hinblick auf das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Fluchtursachen zu bekämpfen, zu hinterfragen." Was heißt, den Bock zum Gärtner zu machen.

Und so sehen die Vorschläge aus:

1). Die Bundesregierung soll der UNO-Resolution 41/70 verstärkt Geltung verschaffen, d.h. in ihrer Außenpolitik hinwirken, daß die Fluchtländer Flüchtlingsbewegungen aus ihren Ländern unterbinden.(S.15). D.h. mehr politische Einmischung in die Angelegenheiten dieser Länder.

2). Die Wirtschaftshilfe für die mittel-, ost und südosteuropäischen Länder soll stärker die Zielsetzung der Bekämpfung von Fluchtursachen berücksichtigen. Das 200 Millionen-Programm der Bundesregierung für Wirtschaftsinfiltration in sog. deutschen Rayons in der Sowjetunion ist wohl schon der Anfang.

3). Die Entwicklungshilfe von 0,7% des Bruttosozialprodukts solle eingesetzt werden, um die Entwicklung „leistungsfähiger Wirtschaften und gesellschaftlicher Vielfalt" in den Ländern der Dritten Welt zu ermöglichen und sie bei ihrer „Integration in die Weltwirtschaft" zu unterstützen.(S.17).

4). Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang, daß durch die „Milderung des Ost-West-Konflikts" die Entwicklungspolitik von den Zwängen, die die Konkurrenz der Systeme und der Gegensatz der Blöcke auferlegten, befreit wird" (S.16) und damit diese Mittel jetzt offen erpresserisch genutzt werden können. Die Entwicklungshilfe soll durch Stärkung der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern erreichen, daß „eine Aufnahme von Flüchtlingen in Nachbarländern gefördert werden" kann.(S.18)

5). Als „optimale Lösung" vorhandener Flüchtlingsprobleme sieht die Bundesregierung die Repatriierung, d.h. die Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimat. Mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln für „Rückkehrnationen" soll der Appell zur Wiederaufnahme der eigenen Flüchtlinge „Nachdruck" verliehen werden.(S.18).

6) Wo eine Rückkehr der Flüchtlinge als nicht durchführbar erscheint, „wird in einem dauernden oder zeitweiligen Verbleib im Erstaufnahmeland, d.h. in der Regel in einem Nachbarland des Herkunftsstaates oder in einem anderen aufnahmebereiten Land der Region, die beste Lösung gesehen" (S.19). Die Bundesregierung soll solche Erstaufnahmeländer verstärkt unterstützen, damit Flüchtlinge ihre Flucht nicht fortsetzen und in einem anderen Land Asyl beantragen." (ebenda).

7) Die Bundesregierung will für Flüchtlinge, die weder in ihre Heimat zurückkehren können noch in einem anderen Land, das sie aufgesucht haben, dauerhaft bleiben können (z.B. in der BRD), Aufnahmemöglichkeiten in Drittstaaten schaffen. „Die Bundesrepublik könnte hierbei mit politischen, finanziellen und/oder organisatorischen Mitteln helfen. Das Interesse eines Landes an der Aufnahem von Flüchtlingen könnte erforderlichenfalls dadurch geweckt werden, daß Strukturhilfen und Unterstützung bei der Eingliederung angeboten werden (S.19).

8) Die Asylpolitik soll durch eine „Verminderung des Sogeffekts" zur „Bekämpfung der Fluchtursachen" beitragen. Entscheidendes Mittel sei hierfür eine „größtmögliche Beschleunigung der Asyl-



verfahren" und die konsequente Durchsetzung einer vollziehbaren Ausreisepflicht (S.18). Die Verfahrensbeschleunigung solle die Absicht der Flüchtlinge „durchkreuzen", sich ungerechtfertigt einen längeren Aufenthalt in der BRD zu verschaffen. Werde diese Verfahrensweise allgemein bekannt, „dürfe die beabsichtigte generalpräventive Wirkung nicht ausbleiben" (S.20).

Alle von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen beinhalten eine weitgehende Mißachtung und Untergrabung der staatlichen Souveränität der Länder der Dritten Welt und Osteuropas. Die Mittel der „stillen Diplomatie" werden längst als unzureichend gesehen: stattdessen wird der direkte und offene Eingriff in die Innen-, Wirtschaft- und Außenpolitik dieser Staaten mittels ökonomischem, politischem und organisatorischem Druck gefordert.



Aachen: „Zählappell" für Flüchtlinge

Versuchsballon der Landesregierung NRW im organisierten Rassismus

Alsdorf:
Dem Rassismus eine Gasse!

AntifaschistInnen und Antifaschisten haben immer wieder davor gewarnt die Erfolge von Neofaschisten, Parlamentssitze zu erringen, als ungefährlich einzuschätzen. In Alsdorf, nahe bei Aachen, hatten die REP drei Ratsmandate bei der letzten Kommunalwahl erhalten. Schlimmer als der Schaden, den die REP mittels demagogischer Anträge anrichten, ist der Druck, den diese Wahl auf die anderen Parteien auszuüben vermag, die sich vermeintlich der „Stimmung anpassen müssen".

Ein aktuelles Beispiel ist die Reaktion des Alsdorfer Stadtrates, der auf gemeinsamen Antrag von SPD und CDU eine Entschließung (gegen die Grünen, bei Stimmenthaltung der REP) verabschiedete, in der es zum angeblichen „Asylproblem" heißt: „Der Rat der Stadt Alsdorf fordert von der Bundesregierung und der Landesregierung von NRW, daß dem unkontrollierten Zustrom und der Überschwemmung unserer Städte mit Menschen, die ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen aus der 3. Welt zu uns geschleust werden, ein Riegel vorgeschoben wird... Wir sind kein Einwanderungsland und dicht besiedelt... Wir bitten... schnellstmöglich alle gesetzlichen und ggf. auch grundgesetzlichen Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen..."



An der Erklärung ist alles falsch, selbst die Aufforderung an die Landesregierung. Vielmehr handelt es sich um eine Auftragsarbeit für die Landesregierung, die sich solchermaßen selbst unter „Druck" setzt. Als Bergarbeiterstadt lebte Alsdorf, immer schon mit SPD-Mehrheit gesegnet, vom Eschweiler Bergwerksverein (EBV), der im Zuge der Energiepolitik der Bundesregierung von den Energiekonzernen plattgemacht wurde. 20000 Arbeitsplätze fehlen der Region. Davon abzulenken und die Landesregierung wegen der nun notwendigen Investitionen günstig zu stimmen, war Sinn und Zweck der Übung.

Der Kreis Aachen Land schließt sich an

Nach dieser Alsdorfer Erklärung gab es für den Kreis Aachen kein Halten mehr. Zunächst wurde, wie anderswo auch, die Umstellung der Auszahlung von Sozialhilfe von Geld auf Warengutscheine durchgesetzt. Damit nicht genug, wurde - begleitet durch Medien-Hetze in „Stürmer"-Manier - ein „Zählappell" durchgeführt, der von Landesminister Heinemann (SPD) emphatisch als „Aachener Modell" gepriesen wurde. Alle Flüchtlinge wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrer Gemeinde vorgeladen, um dort Sozialhilfe zu empfangen. Angeblich sollte so herausgefunden werden, wer in verschiedenen Gemeinden mehrfach Sozialhilfe bezieht.

Heraus kam aus dem Berg kein Elefant, sondern das sprichwörtliche Mäuschen. Von den über 4000 Flüchtlingen, die zum Appell anzutreten hatten, wurden zwar 54 festgenommen, 38 mußten jedoch sofort wieder freigelassen werden, weil sie „verwechselt" worden waren. Während in den Zeitungen im Vorfeld zu lesen war, 90% der Flüchtlinge seien „Sozialhilfebetrüger", blieben davon unterm Strich ganze 0,39%. Es wird schwierig, eine Bevölkerungsgruppe in Deutschland zu treffen, die eine ähnlich niedrige „Betrugsrate" hat.

Der ganze Aufwand wurde nachher damit gerechtfertigt, daß von „4142 Asylbewerbern... nur noch 2445 Asylbewerber übriggeblieben" seien. SPD-Kreisdirektor Fricke verschwieg ganz nebenbei, daß beim ersten Zählappell tatsächlich 4142 Personen vorgeladen wurden, beim zweiten aber nur noch 2976, wovon dann 2445 registriert wurden. Dabei erscheinen auch diejenigen, die aus guten Gründen (z.B. Angst vor Verfolgung, Erhaltung der Menschenwürde) den Appell verweigerten oder inzwischen Arbeit gefunden haben, in der Statistik der Leute, die durch die behördlichen Willkürmaßnahmen vom „Sozialhilfebetrug" abgehalten werden.

Im übrigen hätte tatsächliche Betrüger auch der „Zählappell" nicht davon abhalten können, in einem anderen Kreis einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen. Darauf aber kommt es dem Auftragsmodell der Landesregierung an: Die Behauptung, daß dieses Verfahren landes- oder bundesweit angewandt werden müsse, damit es wirksam wird.

Die SPD hat zum Schaden noch Spott

Obwohl in Aachen-Stadt seit langem keine Flüchtlinge mehr aufgenommen wurden und die dort lebenden bekannt sind, fanden die Aachener Kommunalpolitiker das Treiben im umliegenden Kreis so nachahmenswert, daß nun auch bei rot-grüner Mehrheit ein „Massenauftrieb" für Flüchtlinge stattfand. Dabei ist den Konservativen ein tolles Stück gelungen. Über ihren Oberstadtdirektor Berger (CDU) und die mit ihr verbundene Presse trieben sie die angeblich „linke" Aachener SPD so vor sich her, daß diese sich für nicht zuständig erklärte. Es sei ein „Geschäft der laufenden Verwaltung".

Das ganze endete im völligen Desaster. Die Aktion war begleitet durch massive Proteste verschiedenster Gruppen. „Gekrönt" wurde sie vom öffentlichen Nervenzusammenbruch der Sozialdezernentin. Die Fraktionsvorsitzende der SPD bedauerte in der Zeitung, ein SPD-Parteibuch in der Tasche zu haben, und selbst in der Presse wurde die SPD so gekennzeichnet, wie sie ist: „Im Zweifel völkisch"



Das demagogische Sahnehäubchen lieferte die CDU, die nun befand, der Aachener Zählappell sei „menschenunwürdig" gewesen und habe auch nichts genutzt. Die Verantwortung dafür habe die SPD. Gleichzeitig fordert die CDU auf Landesebene weiter, was die SPD schon plant: Die landesweite Durchsetzung der Zählappelle nach dem „Aachener Modell".

Grenzland im Strudel der Gewalt - und Gegenwehr

Die Kampagne von Verwaltung, Medien und Politik gegen Flüchtlinge wird begleitet durch Aktionen militanter Neofaschisten und ebenso militant bisher noch nicht bekannter „Bürger". Serienweise fallen Schüsse auf Flüchtlingsheime, werden Afrikaner auf offener Straße terrorisiert, Flüchtlingen der Zutritt zu Läden verwehrt. In vielen Gemeinden heißen die Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge nun schon „Bürgerwehren". Die Polizei verhaftet willkürlich Flüchtlinge, die sie dann schnell wieder freiläßt, aber es hinterläßt halt Spuren.

Je abschreckender die Lebenssituation für die Flüchtlinge wird, desto mehr verschwindet der u.a. von SPD-Minister Heinemann als Ziel ausgegebene Begriff der Abschreckung aus den offiziellen Verlautbarungen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Begründungen SPD-Kreisdirektor Fricke für den immensen Aufwand der Aktion entschlüpft sind: Die SPD hätte das Thema Flüchtlinge „enttabuisiert" und „vom Schatten deutscher Vergangenheit gelöst". Eine GRundgesetzänderung wäre demnach nicht mehr nötig, wenn alle nach dem „Aachener Modell" verfahren würden...

Es ist durchaus ermutigend, was gegen diese rassistische Front mobilisiert werden kann. Die Flüchtlinge selbst haben in kleinen Demonstrationen und friedlichen Go-Ins sowie durch eigene Flugblätter gezeigt, daß sie nicht alles schlucken wollen. Organisierter Widerstand ist aber nur dann möglich, wenn starke Partner auf deutscher Seite vorhanden sind. Daran hapert es. Es gibt zwei Flüchtlingsräte, die Grünen, Teile fortschrittlicher Christen und ein linkes Aktionsbündnis, die aber bisher getrennt marschieren.

Langsam rührt sich auch innerhalb der SPD Widerstand gegen die verantwortungslosen Funktionäre. Es wird Gegenöffentlichkeit über eigene Zeitungen und Flugblätter hergestellt. In Aachen-Stadt steht die Position der Rassisten auf der Kippe, aber der größere Kreis Aachen ist noch voll in ihrer Hand. Die vorhandenen Gegenkräfte wehren sich nach Kräften, aber sie sind noch zu schwach und unkoordiniert.

(K.H.) Antifaschistische Nachrichten 19/91)

ICH HASSE BETTY MAHMOODY

schrieb die Hamburger Journalistin Sabine Reichel im Juni dieses Jahres über den verlogenen Bestseller „Nicht ohne meine Tochter", nachdem sich ihre Hoffnung, die Mahmoody-Mania werde sich legen, nicht erfüllt hatte. Anstoß auch für uns, endlich auf das inzwischen alleine in der BRD mehr als drei Millionen Male verkaufte Buch einzugehen.

Selbst der Verlag Bastei-Lübbe hatte nicht mit einem solchen Verkaufserfolg gerechnet. Mit nur 5000 Exemplaren ging die Übersetzung des Buches, das die Cheflektorin von einer US-Buchmesse mitgebracht hatte, Ende 1988 in die erste Auflage. Und eigentlich entspricht die Handlung, die Geschichte einer dramatischen Eheproblematik, derjenigen dutzend anderer jedes Jahr veröffentlichter Titel.

Ohne daß der Verlag je eine Werbekampagne gestartet hätte, folgt Auflage auf Auflage. Doch wer das Buch in der Belletristik-Bestsellerliste sucht, sucht vergeblich. Denn es läuft als Sachbuch und rangiert dort deutlich vor Konz' „1000 ganz legale Steuertricks". Bereits das Wort „Sachbuch" signalisiert Sachlichkeit und Authenzität, der Begriff „Autobiographie" tut ein übriges. Und auch Betty Mahmoody beteuert bei jeder Gelegenheit, daß jedes Wort darin wahr sei. So ist es denn auch wenig verwunderlich, daß „Nicht ohne meine Tochter" bei vielen Menschen nahezu als Lehrbuch über iranische Kultur, Lebensweise und Charakter gilt. Welches Bild nun zeichnet sie und wie kommt es zustande?

Der Klappentext des Buches skizziert bereits, worum es geht:

Im Jahre 1984 sitzen die US-Amerikanerin Betty Mahmoody, ihr iranischer Ehemann Moody und deren kleine Tochter Mahtab in einem Flugzeug nach Teheran. Im Iran verwandelt sich der bisher höfliche Ehemann in ein gnadenloses Ungeheuer, der Frau und Tochter festhält, einsperrt und so an der Ausreise hindert. Erst nach viel Leid und Schlägen gelingt der Heldin mit ihrer Tochter zusammen die Flucht in die USA. Und dennoch ist das Buch mehr als die Geschichte einer dramatischen Eheproblematik.

Wer das Buch von Betty Mahmoody unkritisch liest, nimmt das von ihr gezeichnete Bild der IranerInnen als dreckige, dumme und hinterlistige Menschen in sich auf. Einige Beispiele mögen das veranschaulichen:

- Von einem Ausflug nach Teheran weiß Betty Mahmoody zu berichten: „Überall trafen wir auf Menschenhorden, die eilig mit grimmiger Miene ihren Geschäften nachgingen. Nirgends war ein Lächeln zu sehen. Zohreh und Madschid steuerten das Auto durch unglaubliche Verkehrsstaus, in denen es von Fußgängern wimmelte, die ihr schäbiges Leben aufs Spiel setzten."

- „Mammal und Nasserine boten uns zuvorkommend ihr Schlafzimmer an, da sie angeblich genauso bequem auf dem Boden eines anderen Zimmers schliefen, wie in ihrem Doppelbett. Sie legten tatsächlich eine völlige Verachtung für Möbel an den Tag." Obwohl sie die Sprache nicht spricht, meint sie diese Geste der Gastfreundschaft als Ausdruck primitiver Kultur interpretieren zu können.

- Ihren Eindruck eines Essens mit der Familie Mahmoody verallgemeinert sie umstandslos: „Die Iraner saßen im Schneidersitz auf dem Boden oder hockten auf einem Knie und stürzten sich auf das Mahl wie eine Herde wilder Tiere in verzweifelter Gier auf ihr Essen."

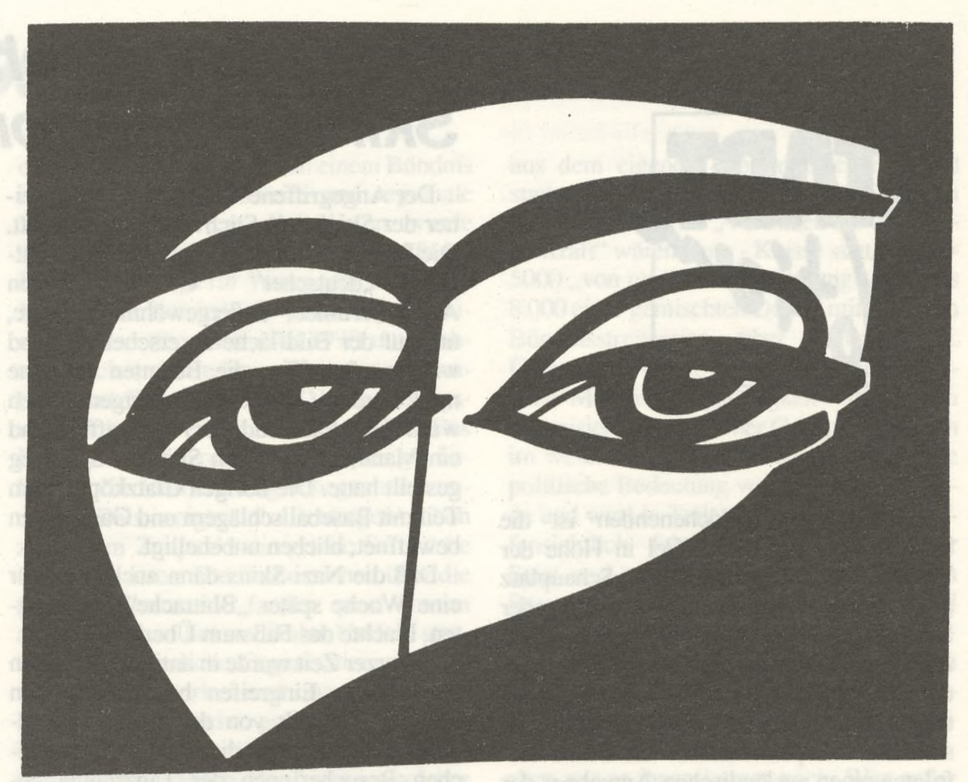
- An anderer Stelle heißt es über die Essensgewohnheiten: „Abends beim Essen rührte ich verstohlen im Reis und sammelte mehrere schwarze Käfer in einer Portion, die ich auf Moody´s Teller häufte. Es ist unhöflich, etwas auf dem Teller zu lassen. Und da es ihm unmöglich war, taktlos zu sein, aß Moody die Käfer." Wir lernen: Moody gehört zur Gattung der käferessenden Menschen. Er tut dies aus Höflichkeit, und nicht, weil Käfer bei manchen IranerInnen als besondere Delikatesse gelten. Aber die Geschichte iranischer Kochkunst interessiert Betty Mahmoody so wenig wie die Wirkung ihrer Worte.

Natürlich ist das Leben im Iran „anders" als in den USA oder Europa. Betty Mahmoody geht es aber nicht um das (nicht immer problemlose) Verständnis anderer Kulturen und die Auseinandersetzung mit der eigenen. Dann hätte sie unschwer einige Ursachen für Zustände ausmachen können (z.B. Armut und Unterentwicklung), die ihr Ekel und Abscheu verursachen. Und sie hätte vielleicht ihr idealisiertes Bild von den USA verloren. Treffend kommentiert Sabine Reichel die Käfer-Passage vor dem Hintergrund eigener 15-jähriger USA-Erfahrung: „Wirklich komisch ist die Stelle im Buch, wo Betty sich über Käfer im Reis aufregt. Sie müßte mal nach New York kommen, wo sich selbst in den feinsten Luxusappartments auf der 5th Avenue die berühmten Cockroaches, diese agilen kleinen braunen, untilgbaren Kakerlaken, in Hundertschaften nachts über Krümel in der Küche hermachen und wo ein toter Cockroach eingebettet im Salat oder auf dem Rücken schwimmend im Kaffee nichts als ein schicksalergebenes Schulterzucken bei Restaurantgästen und Kellnern hervorruft."

Der Iran und die Iraner sind für Betty Mahmoody vor allem „schmutzig". Das zeigt sich für sie beim Essen, bei der Kleidung und bei der Körperpflege („Einmal im Jahr nimmt jeder Iraner ein Bad."). Was sie ihren LeserInnen als typische iranische Realität darstellt, ist freilich nichts anderes als die Aneinanderreihung von Diffamierungen übelster Art.

So schreibt sie ausgerechnet im Zusammenhang mit einer Frau, die ihr helfen will und die „Heimlichkeiten" auf sich nimmt,

um ihr nicht zu schaden: „Allmählich begann ich zu begreifen, daß Iraner Intrigen lieben. Sie sind es gewöhnt, mit Heimlichkeiten zu leben, wahrscheinlich unter dem Schah nicht anders, als unter dem Ayatollah. Komplott und Gegenkomplott sind ihr täglich Brot, nicht nur in ihrem offiziellen Umgang mit dem Staat, sondern auch innerhalb der Familien." Nur einmal findet sich eine anerkennende Bemerkung über IranerInnen, die Betty Mahmoody zur Feststellung kommen läßt, daß „man einen Menschen nicht nach seiner Nationalität beurteilen darf". Diese Feststellung entwertet sie jedoch selbst durch den Hinweis, daß sich diese hilfsbereiten IranerInnen eigentlich als AmerikanerInnen verstünden.



Betty Mahmoody zeigt nicht die geringste Bereitschaft, sich mit Kultur und Geschichte des Iran zu beschäftigen. Wesentliche Voraussetzung dafür wäre das Erlernen der Sprache, um zur Verständigung nicht immer auf Dritte angewiesen zu sein. Doch selbst nach siebenjähriger Ehe spricht sie noch kein Wort Farsi, die Muttersprache ihres Mannes. So muß das Geschehen um sie herum weitgehend unbegreiflich bleiben. Ihr alleiniger Maßstab zur Be/Verurteilung fremder Kulturen ist ihre eigene Kultur, in der z.B. Haare an den Beinen und in den Achselhöhlen ein unzumutbares Schönheitsmakel darstellen.. Ohne jeden Skrupel überträgt sie ihr persönliches Erleben und ihre schlechten Erfahrungen mit der Familie ihres Mannes auf ein ganzes Volk. Ihre Charakterisierung der IranerInnen als ein Haufen stinkender, käferfressender, in einer einzigen Kloake hausender Hohlköpfe findet nicht nur in den USA, sondern auch im BRD-Alltag begierig Aufnahme, wozu nicht zuletzt Yellow-Press-Blätter wie das „Goldene Blatt", „Bild der Frau" oder „Freizeit-Revue" beitragen. Die Folgen sind bereits zu spüren: bikulturelle Partnerschaften werden noch skeptischer beäugt und verurteilt, und nicht wenige BürgerInnen dürften sich bestätigt sehen, daß „wir im Westen" eben doch mehr Kultur haben als „die da" im Nahen Osten.

(Leseempfehlung: Gitti Baum (Hg.), Betty Mahmoody auf der Spur, Köln 1991)

Frauentreffen im Merhaba am 4.9.91

An diesem Tag haben wir uns mit unterschiedlichsten Frauen getroffen und uns gefragt, was uns daran hindert, uns als sogenannte linke Frauen in Kiel untereinander auszutauschen.

Der Punkt, der uns am meisten zu trennen scheint, ist der, daß manche Frauen mit Männern politisch zusammenarbeiten, andere nicht (mehr).

Nach kurzer Zeit zeigte sich die „Grenze" zwischen Frauen in gemischten Zusammenhängen und Frauen in Frauenzusammenhängen. (Uns ist nicht klar, inwieweit die Problematik von Lesben und Heterofrauen da rein spielt.) Während des Gesprächs wurde ein ganzer Haufen Vorurteile bzw. Ansichten benannt, der bisher eine Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen verhindert hat und von denen wir hier einige zitieren:

- „Dadurch, daß ihr weiter in gemischten Zusammenhängen arbeitet, unterstützt ihr die Mackerverhaltensweisen der Männer, indem ihr ihnen eure Zuwendung nicht entzieht".

- „Wir wollen uns nicht vor euch davor rechtfertigen, daß wir mit Männern umgehen, die z.T. Freunde für uns sind."

- „ Ich hab für mich irgendwann entschieden, daß ich keine Energie mehr in die Auseinandersetzung mit Männern verschwenden will, und habe Schwierigkeiten, deine Entscheidung dafür zu verstehen".

- „Wir fühlen uns manchmal von den Regeln der Frauenzusammenhänge genauso eingeengt, wie von den Männern".

- „Daß wir in gemischten Zusammenhängen arbeiten, bedeutet nicht, daß wir alles von Männern kritiklos hinnehmen oder nicht mit ebensoviel Energie und Entschiedenheit unsere Forderungen als Frauen durchsetzen"

-" Ich glaube nicht daran, daß Frauen die Männer ändern können".

(Tja.)

Anscheinend gibt es immer noch ein Bild von den harten radikalen Merhaba-Frauen, (Uns geht es mit diesem Ruf übrigens auch nicht besonders gut, zumal auch wir uns von Frau zu Frau unterscheiden.), was andere Frauen aus gemischten Zusammenhängen davon abhält, zum offenen Plenum (jeden zweiten Freitag im Monat) zu kommen.

Dieser Termin ist nicht für eine feste Gruppe reserviert, sondern eigentlich für alle Frauen/Lesben gedacht, die - besonders in Situationen wie z.B. Golfkrieg, in der Antifa-Arbeit und für konkrete politische Aktionen -hier einen Raum haben, um sich auszutauschen und vielleicht ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen.

Der Abend endete weder mit gegenseitigen Vorwürfen noch mit großer Verschwesterung, sondern mit allgemeiner Erleichterung überhaupt mal die bestehenden Klischees auszusprechen. Die Auseinandersetzung ist für uns noch nicht abgeschlossen und wir würden uns freuen, wenn in Zukunft mehr Frauen zum Plenum (oder Kneipe oder Filmabend) am Freitag kommen würden. ●



Meist an den Wochenenden ist die Eckernförder Straße in Kiel in Höhe der Tanzschule Ströhmann-Brink Schauplatz grölender und zuweilen auch randalierender Skinheads. Dabei sind bereits mehrfach Ausländer derart schwer angegriffen worden, daß sie schwere Verletzungen davontrugen. Der bisher letzte Vorfall ereignete sich am 7. September. 10 - 20 Skins verfolgten einen ausländischen Anwohner der Eckernförder Straße, zerschlugen das im Erdgeschoß liegende Fenster seiner Wohnung, richteten im Treppenhaus und an der Wohnungstür Schaden an und prügelten auf den Mann ein.

Antifaschistische Aktion gegen Skinhead-Terror

Der Angegriffene wehrte sich, wobei einer der Skinheads Stichverletzungen erlitt. Die Polizei benötigte, wie so häufig in Fällen „deutscher" Gewalt gegen AusländerInnen, außergewöhnlich lange, um auf der Bildfläche zu erscheinen. Und wie so oft griffen die Beamten auf eine merkwürdige Weise ein. Festgenommen wurden ein Skinhead, der Angegriffene und ein Mann, der sich den Skins in den Weg gestellt hatte. Die übrigen Glatzköpfe, zum Teil mit Baseballschlägern und Gaspistolen bewaffnet, blieben unbehelligt.

Daß die Nazi-Skins dann auch noch für eine Woche später „Blutrache" ankündigten, brachte das Faß zum Überlaufen.

In kurzer Zeit wurde in antifaschistischen Kreisen ein Eingreifen beschlossen. Ein Flugblatt, erstellt von der Antifa-Jugendgruppe Baghira, war direkt an die jugendlichen BesucherInnen der Tanzschule gerichtet. Ein weiteres informierte die AnwohnerInnen über den Skinheadterror und die geplante antifaschistische Aktion.

Darin hieß es u.a: „Niemand hat Lust, sich mit gewalttätigen Nazibanden herumzuärgern. Aber nur, wenn viele Menschen gemeinsam ein Zeichen setzen, kann dem Straßenterror Einhalt geboten werden."

60-70 AntifaschistInnen machten ihre Ankündigung wahr, den Skinheads nicht die Straße für deren Terror zu überlassen. Sie versammelten sich am frühen Abend und „besetzten" die folgenden Stunden den Straßenbereich um die Tanzschule. Zu Zwischenfällen kam es (mit einer kleinen Ausnahme) nicht, da sich die Skins unter Beobachtung der Polizei in einem Park vollaufen ließen. Ihren Plan, Blutrache zu nehmen, mußten sie für dieses Mal aufgeben.

Wenn auch die praktische Unterstützung von Seiten der AnwohnerInnen noch spärlich war (wozu vielleicht die Schlagzeile des „Markt zum Sonntag": Skinheads drohen. Anlieger befürchten für heute eine Straßenschlacht beigetragen hat), so war das positive Echo auf die Aktion der AntifaschistInnen unüberhörbar.

Schlußpunkt der gelungenen Aktion: Einem Skinhead, der aus einem Taxi mit einer Gaspistole schießen wollte, wurde diese kurzerhand abgenommen.

Wunsiedel 1991

Seit Jahren wirkt die alljährliche Demonstration von Faschisten in Wunsiedel am 17. August, als Kristallisationspunkt der ansonsten bislang ziemlich zerstrittenen militanten faschistischen Organisationen. Hier können sie zumindest einmal im Jahr der Öffentlichkeit gegenüber Stärke und Einheit demonstrieren, wie es lange Zeit vorher in der BRD nicht möglich war.

Und , während die Nazis versuchen über den Wallfahrtsort Wunsiedel aus ihrem Ghetto herauszukommen und damit ihre relative Stigmatisierung zu überwinden, gelingt es der antifaschistischen Bewegung immer weniger das Geschehen politisch zu bestimmen.

Gefährlich ist dies besonders deshhalb, weil eine gescheiterte Verhinderung der Faschisten-Demo nicht nur diese in ihrem Bild der eigenen Stärke bestätigt, sondern auch die eigene Bewegung für die Zukunft demotivieren kann. So waren schon dieses Jahr einige Gruppen und wahrscheinlich viele Einzelne nicht gekommen, weil die Geschehnisse am 17.8. 1990 ihnen die Lust dazu verdorben hatten.

1990 fanden am 17.8. in Wunsiedel eine Demonstration der Faschisten und eine antifaschistische Gegendemonstration statt(wir berichteten). Das Landratsamt hatte nach dem Motto „Augen zu und durch" auch nicht den geringsten Versuch unternommen, den „Heß-Gedenkmarsch" zu unterbinden. Vielmehr wurde argumentiert, bei Nichtbeachtung würde sich „das Ganze" schon totlaufen. Dagegen wurde das Augenmerk auf die Gegendemonstranten gelenkt. Da seien gewaltbereite Autonome... im Anmarsch. Folgerichtig kam es zu einigen Übergriffen von Seiten der Polizei auf die Gegendemonstration. Anschließend wurde der Faschistendemonstration der Weg „freigemacht". Dies nur als kurze, freilich ziemlich verkürzte Darstellung der letztjährigen Ereignisse. In den Monaten nach dem 17.8.1990 wurde der Druck von Seiten der ortsansässigen Behörden und Parteien gegen das antifaschistische Bündnis verstärkt. Dies führte dazu, daß die Grünen schon frühzeitig aus den Vorbereitungen für die diesjährige Gegendemonstration ausschieden. Sie veranstalteten dieses Jahr lieber mit kirchlichen Gruppen und Kronacher FAP-Mitgliedern sowie den ortsansässigen „Alt-Parteien" ein Straßenfest gegen „Rechts- und Linksextremismus"(vgl. AK Nr.333).

Diejenigen, die trotz alledem an einer Gegendemonstration auch in diesem Jahr festhalten wollten, bemühten sich redlich, die Fehler des letzten Jahres wett zu machen. Es gab, ausgehend von einem Bündnis in Nürnberg, bundesweite und regionale Vorbereitungstreffen. Auf diesen wurde schon frühzeitig ein vernünftiges Blockadekonzept für Wunsiedel erarbeitet. Mit diesem Konzept als Vorschlag und einem Video über den 17.8.1990 unternahmen auch mehrere GenossInnen aus Nürnberg und Wunsiedel eine Veranstaltungsrundfahrt durch einige Städte der BRD. Das Konzept wurde von allen Seiten als gut befunden, die Vorbereitungen begannen wunderbar. Dabei zeigte sich allerdingens schon zu diesem Zeitpunkt die größte Schwäche des Bündnisses: Die Diskussionen über die Gegendemonstration fanden quasi nur im autonomen und linksradikalen Umfeld statt. Örtliche bürgerliche Organisationen konnten für ein Mitwirken und eine gemeinsame Mobilisierung nicht gewonnen werden. Dadurch wurde es natürlich auch in anderen Orten fast unmöglich, Gliederungen solcher Organisationen für die Mitarbeit zu gewinnen. SPD und Gewerkschaften reagieren stärker denn je mit Distanzierungen gegenüber jeder Art von militantem und staatsfeindlichen Antifaschismus. Die VVN, die jahrelang im antifaschistischen bürgerlichen Spektrum mobilisieren konnte, war so ehrlich im Vorfeld einzugestehen, daß sie ausschließlich mit sich selbst beschäftigt und quasi mobilisierungsunfähig ist. Andere Organisationen die in der Lage wären öffentlichkeitswirksam zu intervenieren, und die das Thema Wunsiedel relevant fanden, gab es offensichtlich nicht.

Nichtsdestotrotz scheint mir auch das autonome Spektrum einer Fehleinschätzung unterlegen zu sein: tatsächlich glaubten wohl große Teile dieser „Rest-Bewegung", aus dem eigenen Umfeld eine genügend starke Demonstration auf die Reihe kriegen zu können. Und im „Vertrauen auf die eigene Kraft" wären dann - Klasse statt Masse - 5000 „von uns" allemal wirkungsvoller als 8 000 einer gemischten Demo, mit endlosen Bündnisstreitereien über Gewalt etc.. Überschätzt wurde hierbei nicht nur die eigene Mobilisierungsfähigkeit - die Zeiten organisierter Autonomer Gruppen scheinen im wesentlichen vorbei zu sein . Auch die politische Bedeutung von Bündnissen wurde und wird in Teilen dieses Spektrums offensichtlich falsch eingeschätzt. Dieser Staat und seine Organe hat, vor allem in Bayern, keine Probleme ein paar tausend Autonome in Schach zu halten. Keine Probleme darum, weil das in der Öffentlichkeit niemanden stört. Zu sehr haben die Hetzkampagnen gegen uns gegriffen, und zu einfach haben wir es ihnen gemacht, und machen wir es ihnen immer noch. Was außer Chaos und Randale sollen die Leute eigentlich von unserer Demonstration halten, wenn ihnen auf dem Plakat das „endgültige Begräbnis von Rudolf Hess" versprochen wird? Warum ist es dem größten Teil der autonomen Rest-Szene immer noch wichtiger, wo immer sie sich befinden und egal aus welchem Anlaß, die eigene Schwäche mit gefährlich aussehenden Lederjacken oder gar der schon vorsorglich übergestülpten Hassmaske zu verdecken? Doch zurück zur Situation vor Wunsiedel.

Die Verbote

Kurz vor dem 17. August erfolgte auf Drängen des bayerischen Innenministers Stoiber ein Verbot der „Hess-Gedenkkundgebung" in Wunsiedel. Gleichzeitig



wurden allerdings alle Versammlungen in Wunsiedel für drei Tage um den 17.8. verboten. Was zu diesem Verbot führte ist bis jetzt noch nicht klar. Jedenfalls haben die kontinuierlichen Bemühungen und Aktivitäten der antifaschistischen Bewegung ihren Beitrag dazu geleistet, auch internationale Öffentlichkeit in Bezug auf den Faschisten-Aufmarsch zu schaffen. Ein weiterer Faktor dürften die ständigen Angriffe von militanten Neonazis in der Ex-DDR, auf alles „undeutsche“ sein. Die politischen Verantwortlichen befürchten wohl Schaden für das internationale Ansehen der wiedervereinigten BRD wenn ständig Bilder von Aufmärschen im SA-Stil durch die internationale Presse gehen. Vieleicht sollten jedoch auch nur die örtlichen Vorbereitungen der Antifaschisten zunichte gemacht werden. Zumindest wurde die zunächst scheinbar eingeschlagene Linie nicht eingehalten. Das erste Verbot umfasste noch jede Ersatzveranstaltung. Der einschlägig bekannte Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger erwirkte jedoch vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Genehmigung für eine Kundgebung in Bayreuth, die tatsächlich dort um 16 Uhr begann, und in einer Demonstration von ca. 2000 Faschisten endete.

Die „Neue Einheit“ der Faschisten

Insgesamt hatten folgende Organisationen des militanten faschistischen Spektrums neben der die Rudolf Hess-Gesellschaft des Hess Sohnes Rüdiger zu der Demonstration in Wunsiedel, und später zur Ersatzkundgebung in Bayreuth aufgerufen:

- die „Nationale Liste“ des Hamburger Nazi-Führers Christian Worch
- die „Nationale Offensive“ der ehemali gen FAP-Kader Michael Swierczek und Josef Rösch
- das „Deutsche Jugendbildungswerk Rheinland“ (Kontaktperson D. Knecht Köln)
- das „Berliner Forum“
- die „Kameradschaft Görlitz“ c/o A.Rattun
- die österreichische „Volkstreue Außer parlamentarische Aktion „(BVAPO) des in der Ex-DDR aktiven Österreichers Gottfried Küssel
- der „Bund Reichstreuer Jugend“ über Günter Boschütz aus Königsfeld, der nebenher stellvertretender Kreisvor sitzender der Jungen National demokraten des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar ist. Diese Organisation ist ein Ableger oder Jugend-organisation der „Deutschen Allianz“.

Das Zusammenwirken dieser Organisationen, deren Führer sich letztes Jahr in Wunsiedel teilweise noch fast gegenseitig an die Gurgel gingen, ging dieses Jahr soweit, daß teilweise mit gemeinsamen Bussen gefahren wurde. Dies ist eine Entwicklung, die nach dem Tod des umstrittenen Michael Kühnen darauf hindeuten könnte, daß die Faschisten ihre Zwistigkeiten langsam beilegen.

Interessant ist auch zu beobachten, daß Personen der „Neuen Rechten“, die sich bisher in der Öffentlichkeit immer noch von den militanten Faschisten entfernt gehalten haben, hier über die Rudolf-Hess-Gesellschaft die Bereitschaft zur Zusammenarbeit demonstrieren. Prominenteste Unterstützer dieser Gesellschaft sind bisher:

- Alfred Seidel (ehemaliger bayer. Innenminister)
- Alfred Schickel („Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingoldstadt“, veröffent licht in den Blättern der „Neuen Rechten“ „Junge Freiheit“, „Europa Vorn“, „Zeitwende“)

Diese Zusammenarbeit muß sicherlich auch im Zusammenhang mit der momentan vom gesamten faschistischen Spektrum forcierten Geschichtsfälschungskampagne betrachtet werden. Innerhalb dieser unglaublich wiederlichen Kampagne, die die Massenvernichtung der Juden und Roma leugnet finden die verschiedensten auch internationalen Nazi-Gruppen neue Gemeinsamkeiten. Doch dazu muß an anderer Stelle mehr berichtet werden.

Ein weiterer Erfolg der Faschisten ist darin zu sehen, daß es ihnen dieses Jahr gelang ca. 200 Gesinnungsfreunde (Innen) aus Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und England nach Wunsiedel zu lotsen (die österreichischen Volksgenossen bleiben hierbei unberücksichtigt). Damit bestehen für sie die besten Aussichten, Wunsiedel bzw. die Ersatzdemonstrationen in den nächsten Jahren zum Wallfahrtsort der europäischen Faschisten zu machen.

Bayreuth

Am Freitag den 16. August war endgültig klar geworden, daß der größte Teil der Faschisten dem Aufruf Worchs zur Demonstration und Kundgebung in Bayreuth folgen würden. Auf dem abendlichen Plenum der AntifaschistInnen in Nürnberg, zu dem schon einige Leute aus anderen Städten (darunter ein Buss aus S/H) angereist waren, wurde deshalb diskutiert, ob eine Gegendemonstration in Bayreuth oder in Nürnberg sinnvoller wäre. Gegen Bayreuth sprach, daß für dort Null Vorbereitung vorlag. Andererseits war klar, daß ein großer Teil der GegendemonstrantInnen sich ohnehin nicht in Nürnberg halten lassen würde. Außerdem bestand weiterhin die Hoffnung, den Faschisten durch die Besetzung ihres Kundgebungsplatzes in die Suppe zu spukken. Die Entscheidung nach Bayreuth zu fahren fiel jedoch erst spät in der Nacht. Bei einem weiteren Plenum am nächsten Morgen stand dann fest, daß nach Bayreuth gefahren werden sollte. Eine Demonstration dort war allerdings nicht angemeldet/genehmigt, man hoffte jedoch auf eine Duldung durch die Polizei. Ansonsten war erstaunlich wenig klar. Selbst der Lautsprecherschutz sollte erst vor Ort gefunden werden, da sich keine Gruppe/ Stadt gefunden hatte die zahlenmäßig stark genug und bereit gewesen wäre dies zu übernehmen. Dann erfolgte die Abfahrt mit depriemierend wenig Leuten. Es war zwar klar, daß viele Städte direkt nach Bayreuth fahren würden, dennoch waren die nur vier bis fünfhundert Leute ein kleiner Schock. Kaum in Bayreuth kam dann auch die befürchtete Polizeikontrolle - 2,5 Stunden Schikane. Dies weiter auszuführen wäre unnütz (an dieser Stelle). Jedenfalls gab es kein gemeinsames Handeln, keine Klarheit über ein gemeinsames vorgehen.

Danach stellte sich an dem anvisierten Parkplatz heraus, daß dieser genau der geplante Ort der Abschlußkundgebung der Faschisten war. -Nun gut- schließlich kam auch der „Nürnberger Konvoi“ bei der Hauptdemo an. Insgesamt waren es vieleicht 2500 AntifaschistInnen, die im lockeren Polizeispalier voran zogen. Die Kundgebungsbeiträge beschäftigten sich sinnigerweise nicht mit den Ereignissen in Wunsiedel, dem Verbot der antifaschistischen und der Genehmigung der Faschistendemo. Erst am Ende der Demo, als wir mitten in Bayreuth standen, und die Polizei uns nicht weitergehen ließ, kam ein Beitrag eines VVN-lers, der zu der Situation und den Umständen Stellung bezog. Nachdem die Polizeikräfte gezeigt hatten, daß sie die Demo nur die von ihnen bewilligte Strecke ziehen lassen würde, gab es auch keinen Versuch mehr, zum Treffpunkt der Faschisten zu gelangen. Andererseits war es dazu auch schon zu spät, und unsere Anzahl ermutigte uns nicht gerade. Was passiert wäre, wenn wir mit unseren mitlerweile ca 1500 Menschen auf die Demonstration von ca. 2000 militanten FaschistInnen gestoßen wären möchte ich hier nicht ausmalen. Problematisch war allerdings, daß diese Überlegungen nicht in irgendeiner Form mit der Demo besprochen wurden. Die einzelnen TeilnehmerInnen wußten bis zuletzt nicht genau, ob es noch einmal zu dem Faschistentreffpunkt gehen sollte oder nicht.

Den Rest der Geschichte, bis zur Abfahrt um ca. 20 Uhr kann ich mir hier ersparen. Es war kein Ruhmesblatt für die antifaschistische Bewegung, daß wir wie eine Herde Schafe auf dem Platz standen bis die Busse kamen. Auch, daß viele Leute verschwanden, während wir in Erwartung

der Busse damit rechneten, daß die Faschistendemo noch ankäme, war nicht unbedingt ein solidarischer Akt. All dies beweist jedoch nur, daß kaum organisierte Gruppen da waren, die eine Struktur für ein gemeinsammes Vorgehen hätten bilden können.

Und nächstes Jahr?

Was bleibt, ist die Überlegung wie und ob wir uns auf nächstes Jahr besser vorbereiten können. Zunächst folgendes: Meine Kritik geht nicht in erster Linie an die Nürnberger und Wunnsiedler GenossInnen die dieses Jahr die Gegendemonstration vorbereitet haben. Sie haben sich viel Mühe gegeben durch bundesweite Treffen und Info-Veranstaltungen das Chaos des letzten Jahres zu vermeiden.Allerdings waren sie wohl überfordert damit, auch noch eventuelle Ausweichdemos der Faschisten zu berücksichtigen. Tatsächlich muß jedoch die inhaltliche Vorbereitung wesentlich intensiver laufen, wenn wir es 1992 schaffen wollen, die Faschistendemo zu verhindern. Wir müssen einer wesentlich größeren Öffentlichkeit als nur unserem eigenen Umfeld klar machen, daß die Geschehnisse in Wunsiedel auch Auswirkungen auf das Verhalten und die Stärke der Faschisten in der gesamten BRD haben.

Diese inhaltliche Arbeit wird aber nicht über zentrale bundesweite Treffen, oder über ein Bündnis für eine Demonstration bewältigt werden. Maßgeblich dafür, ob die antifaschistische Bewegung in Zukunft Situationen wie der in Wunsiedel besser gewachsen sein wird, wird die Frage der zukünftigen regionalen Organisation sein. Solange in den einzelnen Städten keine verbindlichen antifaschistischen Strukturen bestehen, werden auch überregionale oder gar bundesweite Aktionen uns politisch nicht in die Offensive bringen. Vor allem eine Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung wird nur gelingen, wenn wir vor Ort mit Betroffenen und bestehenden Organisationen zusammenarbeiten. Um dies zu erreichen werden aber auch wir viele unserer „Dogmen" in Frage stellen müssen. Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsgruppen wird z.B. sicherlich nur gelingen, wenn wir bereit sind, auch für uns ungewohnte Aktionsformen mitzutragen. Aus solcher Zusammenarbeit werden sich auf Dauer sowohl neue Aktionsformen als auch inhaltliche Einschätzungen ergeben. Aus solcher Arbeit heraus müssen Gruppen entstehen, die sich im Alltag sowohl den staatlichen Maßnahmen gegen AusländerInnen und AsylantInnen, dem gesellschaftlichen Rassismus aber auch den militanten Übergriffen entgegenstellen. Solche Gruppen werden in der Lage sein erstens mehr Menschen zu Aktionen zu mobilisieren, und zweitens in gemeinsamen Aktionen geschlossen und entschlossen zu handeln. Denn nur über kontinuierliche Zusammenarbeit können solidarisches Umgehen, Verantwortung und Entschlossenheit entstehen, weil diese Werte auf Bewusstsein aufbauen. Bewusstsein über die Bedingungen und Ziele unserer Arbeit, und Selbstbewusstsein aus dem Vertrauen zu sich und den Genossinnen.

Nach den Geschehnissen dieses Jahres läßt sich jedenfalls nur ein Schluß ziehen:

Jetzt erst recht!

Fantomas

Deutsche Justiz zum Thema Neofaschismus

Ein Lehrstück über den Umgang mit Neofaschisten am Beispiel des FAP-Funktionärs Thorsten Heise, auf der Grundlage eines Artikels der Antifa-Kom., KB-Gruppe Göttingen; erschienen im AK 333.

Thorsten Heise, Jahrgang 1969, von Beruf Radio- und Fernsehtechniker, ist stellvertretender FAP-Kreisvorsitzender. Im April 1987 schlägt er im Rahmen einer „Führergeburtstagsfeier" einen türkischen Jugendlichen mit einem Holzknüppel übel zusammen. Im August desselben Jahres nimmt er an einem bundesweiten Skinheadtreffen teil und ist im Januar 1988 am ersten Überfall auf das Göttinger unabhängige Jugendzentrum (JuZI) beteiligt. Ende Januar wird Heise zu einer Haftstrafe mit zwei Jahren Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt tönt damals: „Die Sache hängt wie ein Damoklesschwert über ihm." Was der Staatsanwalt nicht erzählt ist, wer dieses Schwert über Heises Kopf mit aller Gewalt am Fallen hindert.

Ende 1988 sitzt er kurzfristig in U-Haft wegen des Verdachts auf Brandstiftung. Die drei mit ihm einsitzenden Skins werden verurteilt, Heise aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Im Januar 1989 ist er Mitbegründer des FAP-Ortsverbandes Northeim; im Februar nimmt er am FAP-Aufmarsch in Rothenburg-Wümme teil; im April überfällt er zusammen mit anderen Faschisten einen Antifaschisten; im Mai versucht er im Rahmen des Europawahlkampfes für die FAP, einen libanesischen Asylbewerber mit dem Auto zu überfahren.

Ende August 1989 erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Heise wegen dieser Aktion und erläßt Haftbefehl, der jedoch bald wieder wegen fehlender Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr aufgehoben wird. Zudem gibt die Staatsanwaltschaft bekannt, daß Heise im Juli 1989 dabei war, als vermummte Skins vorbeifahrende Streifenwagen beschossen. Aus den anfangs gemeldeten „scharfen" Schüssen wurden Schüsse aus einer Schreckschuß bzw. Gaspistole.

Im September dann schlägt Heise zusammen mit zwei anderen eine Siebzehnjährige krankenhausreif; im November nimmt er an einer FAP-Demo in Duderstadt teil. Ende November platzt der erste Termin gegen Heise wegen des Anschlags auf den Libanesen, da dem Richter die Anklageschrift („schwerer Eingriff in den Straßenverkehr") lächerlich erscheint. Die Staatsanwaltschaft muß die Anklage auf „versuchten Totschlag" ändern. In dem auf Mai 1990 verschobenen Prozeß sollen mehrere Verfahren zusammengezogen werden. An und für sich ist die Änderung der Anklage verständlich und begrüßenswert. Sie hat aber für Heise den angenehmen Effekt, daß er sich mit der Terminierung auf Mai 1990 über seine zweijährige Bewährungsfrist vom Ja-

nuar 1988 hinüberrettet.

Im Dezember 1989 marschieren unter Führung von Heise und seinem Ziehvater Polacek 100 Faschisten durch die Göttinger Innenstadt zum Angriff auf das JuZI; im Februar 1990 ist Heise Anführer bei einem Skin-Treffen in Uslar; im März wird er auf dem Aachener FAP-Parteitag zum „kommissarischen" Landesvorsitzenden ernannt; im April fungiert er als Veranstalter eines Konzerts von Nazi-Bands, dessen Ausfallen zum Anlaß für Massenkrawalle von 800-1000 Skins an der deutsch-deutschen Grenze genommen wird. Ende April taucht Heise wenige Tage vor Beginn seines Prozesses ab. Im Laufe des Jahres wird er mehrfach in der DDR gesichtet und im Februar 1991 von einem Braunschweiger Zielfahndungskommando in Berlin festgenommen. Die Zeit bis zum Prozeß im Juni 1991 verbringt er in U-Haft.

Der Prozeß verläuft dann sehr schön zugunsten Heises. Er wird zwar mehrerer Anklagepunkte für schuldig befunden, aber aus dem Anschlag auf den libanesischen Asylbewerber wird statt „versuchter Totschlag", wie schon 1989, ein „gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr mit versuchter schwerer Körperverletzung". Der Staatsanwalt plädiert auf drei Jahre Jugendstrafe. In der Jugendhaft solle Heise zu Toleranz und Gewaltlosigkeit erzogen werden.

Unter Verweis auf in den Medien kursierende Meldungen über Schwierigkeiten der Jugendhaftanstalten mit einsitzenden Nazis (der stellvertretende Leiter des Hamelner Jugendknasts warnte vor der explosiven Mischung in seinem Haus) plädiert Heises Anwalt auf eine weitere Bewährungsstrafe.

Das Urteil dann: Zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung. Die Anwendung des Jugendstrafrechtes wird damit begründet, daß Heise noch nicht ausgereift gewesen sei, die Bewährung damit, daß er in der U-Haft nachgereift sei. Im Prozeß sprach er z.B. davon, eine Familie zu gründen und wieder arbeiten zu gehen.

So ein Urteil mag noch verständlich sein, wenn jemand tatsächlich Abstand von seiner Vergangenheit nimmt und „nachgereift" ist.In diesem Fall gibt es für eine Einstellungsänderung aber keine Anzeichen. Im Gegenteil: Heise kümmert sich inzwischen wieder um die seit seinem Abtauchen etwas abgebröckelte südniedersächsische FAP. Er wohnt wieder in Northeim, läuft in Kampfmontur und in ständiger Begleitung von zwei „Leibwächtern" herum und hat nach Aussagen aus Polizeikreisen auch schon wieder die ersten FAP-Treffen in Northeim veranstaltet.

Zwei Schlußfolgerungen sind denkbar, warum ein Nazi für seine Taten kaum zur Verantwortung gezogen wird:

- Er ist ein Spitzel und erkauft sich sein „Glück" durch die Weitergabe von Informationen.
- In Justizkreisen sind verbreitet Leute am Werk, die mit Faschisten sympathisieren und/oder nach der Losung vorgehen: „der Feind meines Feindes ist mein Freund", wobei die Feinde AusländerInnen und Linke sind.

Sollte es noch andere Deutungsmöglichkeiten geben, wäre ich für diese Bewußtseinserweiterung dankbar. Unsere Adresse steht am Anfang dieses Heftes. ●

Gewalt gegen Schwule:

Das muß ein Ende haben

Kiel - Es reicht jetzt: Übergriffe auf Schwule müssen endlich gestoppt werden! Kleine Schritte hat die HAKI jetzt getan: Sie verteilt Trillerpfeifen an alle Interessierten. Und sie hat ein Merkblatt verfasst, das potentiellen und realen Opfern helfen soll, mit ihrer Situation fertig zu werden.

Erinnern wir uns: Im Juli wurden im Schrevenpark gleich zweimal Schwule überfallen, wobei einer von ihnen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Außerdem ging ein Auto zum Teufel. Eine unerträgliche Situation, die aber auch positive Folgen zeigte. Zum ersten mal haben sich Schwule und Polizei zusammengesetzt und Strategien des Widerstandes entwickelt.

Aber dennoch steht noch immer Selbsthilfe an erster Stelle. Und da setzt das Merkblatt ein. Darin heißt es zum Beispiel zum Umgang mit einem Täter: „Schau ihm ins Gesicht, damit du ihn später identifizieren kannst." Tips zur Rettung gibt es auch, und, besonders wichtig: sehr gute Ratschläge, die rechtliche Lage des Opfers betreffend.

Die Infos sind im Schwulen- und Lesbenzentrum, Westring 278, zu erhalten. Aber eine große Bitte im eigenen Interesse der betroffenen Schwulen hat die HAKI noch: Sie bittet alle, die bedrohliche Situationen erlebt haben, sich bei ihr zu melden. Denn nur so kann umfangreiches Material zusammengestellt werden, daß zur Verhinderung von Gewaltverbrechen und zu einer Anregung bei der Erstellung von Präventivmaßnahmen, auch durch die Polizei, beitragen kann.

Denn die Gespräche mit der Polizei sollen weitergehen. Und dazu braucht die HAKI einen möglichst genauen Überblick über den Stand der Gewalt, die zur Zeit ausgeübt wird.

Meldet euch unter der Nummer 1 70 90. Unter dieser Nummer erhaltet ihr auch rechtlichen und seelischen Beistand!

Neues AKENS-Info

Mit der Zerstörung und Schändung jüdischer Friedhöfe befasst sich die demnächst erscheinende Ausgabe der „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte", die vom AKENS (Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein) herausgegeben werden. Ausgehend von den jüngsten Friedhofsschändungen in Frankreich - und u.a. auch in Süddeutschland - durch Neonazis, beschreibt der Autor die Geschichte der Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen, einhergehend mit den Verfolgungen der jüdischen Minderheit, durch die Jahrhunderte. Nur wenig ist bisher bekannt über das Schicksal jüdischer Friedhöfe in Schleswig-Holstein während der Nazi-Herrschaft. An mehreren Beispielen werden Hakenkreuzschmierereien und umgeworfene Grabsteine auf diesen Friedhöfen nach 1945 geschildert und mit den neofaschistischen Gruppierungen in Verbindung gebracht.

Der AKENS ist ein seit 1983 arbeitender Zusammenschluß von HistorikerInnen, LaienforscherInnen und zeitgeschichtlich interessierten Personen. Er tritt für die Erforschung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein ein. Dazu gehören auch die Vorgeschichte der NS-Herrschaft und ihre Konsequenzen für die Zeit nach 1945.

Wer Interesse an der Arbeit des AKENS, zu der auch Veranstaltungen und Seminare gehören, hat oder das Mitteilungsblatt, dessen letzte Ausgabe sich u.a. mit der sog. „Kinderfachabteilung" Schleswig in den Jahren 1941 bis 1945 befasste, kennenlernen möchte, wende sich an den AKENS, c/o Eckard Colmorgen, Johannesstraße 40, 23 Kiel 14.

Schon gehört ?



THIES CHRISTOPHERSEN, nach Dänemark geflohener Neonazi, hat Anfang August verkündet, er werde sich den Strafprozessen in der BRD unter der Bedingung stellen, daß von ihm benannte Zeugen aus dem Ausland geladen würden. Diese Möglichkeit, die Christophersen gegenüber der dänischen Zeitung „Vestkysten" ansprach, zeigt, daß sich die Auschwitz-Lügner im Aufwind glauben. In der Tat hat sich der sog. „Revisionismus", dessen Kern die Leugnung des Massenmordes an den Juden und Jüdinnen ist, in letzter Zeit zu einem der zentralen Punkte aktueller neofaschistischer Propaganda entwickelt. Allein in diesem Jahr fanden drei größere Nazi-Treffen zu diesem Thema statt, bei denen sich zudem eine immer engere Zusammenarbeit „revisionistischer" Theoretiker mit aktionistischen Neonazis (Nationalistische Front) abzeichnet.

Ob Christophersen tatsächlich kommt, bleibt zunächst jedoch abzuwarten; da er sich nun schon fünf Jahre in Dänemark aufhält, hat er seit September eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Das Auslieferungsersuchen von der BRD an Dänemark besteht weiter.



Aus dem Bundesverband der HIAG (Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS) austreten will der HIAG-Landesverband Schleswig-Holstein. Landessprecher Werner Meyer und Landesgeschäftsführer HANS-WERNER BELBE wenden sich in ihrem Schreiben von Mitte Juni an „alle Landesverbände und Truppenkameradschaften", weil sie die Tendenz, den HIAG-Bundesverband aufzulösen, für übereilt halten. Sie verurteilen die dabei praktizierte „jüdische Hast" und rufen zur Sammlung gemäß den bisherigen HIAG-Grundlagen auf.



HILFSGEMEINSCHAFT DER SOLDATEN DER EHEMALIGEN WAFFEN-SS

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V.

Jahreshauptversammlung 1991 23o9 Leckerhölken, den 15. Juni 1991

An den
Vorstand des Bundesverbandes
der Soldaten der ehem. Waffen SS e.V.
Bundesgeschäftsführung
Postfach 41 o1 61
75oo Karlsruhe

Information an alle Landesverbände und Truppenkameradschaften.

Betr.: Mitgliedschaft des Landesverbandes der HIAG Schleswig-Holstein

Kameraden.

Auf der ordentlichen Jahreshauptversammlung der HIAG-Schleswig-Holstein am 15. Juni 1991 in 23o9 Leckerhölken wurde mit großer Mehrheit der Austritt aus dem Bundesverband zum frühestmöglichen Zeitpunkt - 31. Dezember 1991 - beschlossen. Wir teilen dies dem Bundesvorstand offiziell mit und bitten um Bestätigung.

Wir sind tief enttäuscht über den Ablauf und den danach gefaßten Beschluß der 37. Ordentlichen Bundesversammlung in Soltau vom 9. bis 11. Mai 1991. Die dort praktizierte Hektik und "jüdische Hast", das Kind Bundesverband "zu Grabe zu tragen", steht im krassen Widerspruch zu den hochtrabenden Äußerungen Kam. Casselmanns auf der 36. Ordentlichen Bundesversammlung 199o in Hamburg: ......"Keineswegs ist dies eine Resignation, sondern eine Verabschiedung in Anstand und Würde"....... Warum nicht von uns Kameraden in "Anstand und Würde?"

Diese Hast gibt zu denken, besonders weil wir ja nicht gezwungen waren, schon jetzt den Auflösungsbeschluß zu fassen. Im Mai 1992 auf der 38. Ordentlichen Bundesversammlung wäre dafür immer noch Zeit gewesen.

Das 1. Abstimmungsergebnis, das für die Weiterführung des Bundesverbandes plädierte, dadurch zu Fall zu bringen, daß sich der Vorstand wie "bockige Kleinkinder" unters Volk mischte, spricht nicht gegen uns Schleswig-Holsteiner, die wir versucht hatten die Gemeinschaft zu erhalten, sondern gegen Sachlichkeit, Verantwortung und Fairneß des mal von uns im Vertrauen gewählten Vorstandes.

Wir Schleswig-Holsteiner sind sehr verletzt!

Wer entsprechend unseren alten Vorstellungen mit uns weiter Kontakt pflegen will, ist herzlich willkommen!

(Werner Meyer)
Landessprecher

(Hans-Werner Belbe)
Landesgeschäftsführer

Die mit der HIAG eng verbundene Stille Hilfe betreut nicht nur den zur Zeit vor Gericht stehenden Schwammberger, sondern hat in der Zwischenzeit ihre Aktivitäten auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet. Dort werden Gefangene betreut und moralisch aufgerüstet, die wegen ihrer Verbrechen im Dienste des Naziregimes zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.



Im Juni berichtete der STERN über die sog. „Entmietung", d.h. über gewalttätige Räumkommandos, die die Wohnungsnot ausnutzen und im Auftrag von Spekulanten MieterInnen aus der Wohnung rausekeln, um dann die Preise in die Höhe zu treiben. Einer von diesen, so der STERN, sei KONRAD REIMER aus St. Michaelisdonn. In den „Kieler Nachrichten" konnte Reimer wenig später die Vorwürfe empört zurückweisen. Der STERN sieht der angekündigten Anzeige von REIMER gelassen entgegen. Mit keinem Wort erwähnten weder das Hamburger Blatt noch die Kieler Tageszeitung bisher die Tatsache, daß REIMER mehrere Jahre für die Hamburger REP als Schatzmeister tätig war.

Schon gehört ?



UWE SCHÄFER (Plön) ist auch weiterhin Landesvorsitzender der neofaschistischen NPD. Auf dem Landesparteitag, der im Juni in Meldorf stattfand, wurden HEINO FÖRSTER (Mölln) REIMER DIERCKS und HARRY LAGIES (Itzehoe) zu seinen Stellvertretern gewählt. Als Landesschatzmeister wurde Wolfgang Siemsen aus Lübeck bestätigt. BeisitzerInnen im Landesvorstand wurden neben Rolf Riesebieter (Moorrege) und Jens Katzer (Jahrgang 1965; seit 9 Jahren in der JN) die stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Sigrun Schurbohm und Lieselotte Diestel vom NPD-Kreisverband Lauenburg.



Ob die REP bei den Landtagswahlen am 5. April 1992 in Schleswig-Holstein flächendeckend werden antreten können, ist zur Zeit recht zweifelhaft. Nachdem Emil Schlee im April dieses Jahres aus der Partei ausgetreten war, folgten ihm nun sein Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden, der Lübecker BGS-Mann Thomas Schröder sowie dessen Stellvertreter/in Axel Neu (Kiel) und Ute von Androchuwitz. Hintergrund dieser Entscheidung dürfte die anhaltende wahlpolitische Erfolglosigkeit der REP und das Verhalten Schönhubers sein. Dessen UnterstützerInnen versuchen mit einem neuen Projekt Interesse für Ideologie und Organisation der REP zu wecken. Für den am 24. März 1991 gegründeten „Republikanischen Club Schleswig-Holstein“ wurde z.B. mehrfach mittels Kleinanzeigen in den „Kieler Nachrichten“ geworben. Ansprechpartner in Lübeck ist der langjährige REP-Aktivist und Kreisvorsitzende Heinz Bittiehn (BGS); in Kiel steht der im Stadtteil Mettenhof wohnende Karl Heinz Schüler bereit.

Bau GmbH
☎ 790353, ab Montag 8 Uhr
Republikaner-Club
Info: Kiel, Postfach
Exklusive Brautmoden. Dame





Am 30.6.1991 trafen sich Angehörige der ANSE (Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas), um das Haithabu-Museum, die Nydamhalle und den Thorsberg zu besuchen. Zu ihrem Stammestreffen waren die Friesen, Holsten, Stormanen, Dithmarscher und Angeln eingeladen. In anderen Landesteilen der BRD werden - fast regelmäßig zu den Sonnenwenden - ebensolche Treffen rechtsextremer neuheidnischer Sekten durchgeführt. Die ANSE gibt die „deutschsprachige MIDGART-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“ heraus; Titel des seit 1990 erscheinenden Blattes: Huginn und Muninn. Das Treffen in Schleswig, zu dem MEIKE RAABE aus Buchholz eingeladen hatte, wurde vor Ort von DIETER VOLLMER, auch aktiv in Rassistenvereinigungen wie „Nordischer Ring“ und „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, geleitet. Zu den etwa 30 TeilnehmerInnen zählten neben NPDlern auch einige junge Neonazis. Im Gebüsch versteckt beobachtete der Aktivist der antisemitischen Sekte der LUDENDORFFER und ehemalige REP-Landtagskandidat Hans Werner Lepthien das Treffen.



DIE DEMOKRATEN nennt sich scheinheilig eine Partei, die ihren Sitz in Glückstadt hat und deren Programm von dem der REP nicht zu unterscheiden ist. Das ist allerdings auch kein Wunder: Parteigründer HAGEN Palleske unterlag im Streit um den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein gegen EMIL SCHLEE, was zur Gründung dieser Kleinpartei vor drei Jahren führte. Im Herbst 1988 scheiterte ein Versuch Palleskes, mit ÖDP, UWSH, Bürgerpartei und der Schleswig-Holstein-Partei zu einem rechten Wahlbündnis zu kommen. Jetzt sind auch DIE DEMOKRATEN in der ehemaligen DDR aktiv; zu ihren Partnerinnen dort gehört die Partei EINHEIT JETZT.



Seit Jahren bemüht sich das Kieler Ehepaar FRITJOF und HANNELOTTE BERG, den „deutschen Anspruch" auf Kaliningrad wachzuhalten. Sie als Leiterin einer Ostpreussischen Frauengruppe, während er Dia-"Bilder aus unserer Heimat, wie wir sie lieben" zeigt. In diesem Frühjahr besuchte er die Stadt und gab dem „Fernsehen Kaliningrad" ein Interview. Daß er angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion optimistisch in die Zukunft blickt, verwundert kaum; seit Jahren haben die ehemaligen Kandidaten der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) in unzähligen Leserbriefen an die „Kieler Nachrichten" und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Trommel „Königsberg wird wieder deutsch" geschlagen.



Ostpreußen Gemeinschaft

Mitteilungsblatt der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft — Kreisverein Kiel e.V. / Geschäftsstelle: Wilhelminenstraße 47-49

Sprechstunden der Geschäftsstelle: Dienstag und Freitag von 11 bis 13 und von 16 bis 18 Uhr im „Haus der Heimat", Wilhelminenstraße 47/49
An den übrigen Tagen finden keine Sprechstunden statt. Telefon Kiel 553811 Bankkonto: Kieler Spar- und Leihkasse 408 575

Nr. 2 — Kiel, im Februar 1990 — 42. Jahrgang



Die „Zirkelbriefe" der „Notverwaltung des Deutschen Ostens" werden seit April dieses Jahres nicht mehr von Anniliese Schepke (Kiel) herausgegeben, sondern von Horst Ochmann aus Groß-Wittensee. Neben dem Vertrieb dieser revanchistischen und antisemitischen Blätter findet Ochmann noch Zeit für Vorträge, so z.B. beim „Bund für Gotterkenntnis" (Ludendorffer) Ende September in Minden/Westfalen.



Als besonders aktive LeserbriefschreiberInnen zeigen sich in letzter Zeit wieder RassistInnen und FaschistInnen in den „Kieler Nachrichten". Willkommener Anlaß ist ihnen dabei die Debatte um die weitere Einschränkung des Asylrechts. Mit solch abgedroschenen Lügen wie der von der großen Zahl der sich illegal in der Bundesrepublik aufhaltenden Flüchtlinge versuchen z.B. auch Helmut Dau (Preetz) und Jürgen Skop (Kiel) Stimmung zu machen. Dau war 1982 Vorstandsmitglied der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" und unterzeichnete den Aufruf der „Volksbewegung für Generalamnestie" in der Nationalzeitung. Skop kandidierte bei den Kommunalwahlen 1970 in Kiel für die NPD, zwanzig Jahre später bei der Landtagswahl für die REP in Ostholstein.



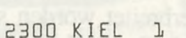
Wie andere neofaschistische Jugendgruppen unterhält auch die Wiking-Jugend eine „Beschaffungsstelle", bei der Uniformen, Ausrüstung und Propagandamaterial bestellt werden können. Leiter dieser Abteilung ist seit Mai der WJ-Aktivist JAN KNUST aus 2352 Wattenbek.



Am Samstag, den 31. August, hat die DVU ihren Landesparteitag durchgeführt. Das Treffen mit 200 Delegierten fand im „Lindenhof" in Westerhorn statt und wurde von über 50 Polizisten geschützt. Die DVU hatte mehrere Busse eingesetzt, die in einer Reihe schleswig-holsteinischer Orte und Städte DVU-Mitglieder abholen sollten. In Flensburg kam „unglücklicherweise" der Zündschlüssel des Busses abhanden. Die Polizei, die allzeit bereite Helferin, wußte Rat, lud die Faschisten in eins ihrer Fahrzeuge und brachte sie zum nächsten Treffpunkt der DVU in Schleswig. Als dort niemand zusteigen wollte, wurden die Faschisten von der Polizei noch nach Husum gebracht, wo ein anderer DVU-Bus wartete.



DSZ-Verlag Paosostraße 2 8000 München 60
Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
R 2343 C /026/030000064303 366
STAEDT.PFLEGEHEIM WEST
LESESAAL
FREILIGRATHSTR.L
2300 KIEL 1









Gerhard Freys „Deutsche Wochen-Zeitung" wird in unregelmäßigen Abständen den Lesesäalen von Kieler Alten- und Pflegeheimen postalisch zugestellt. Wie das Büro der Kieler Stadtpräsidentin dem Antifaschistischen Forum auf Anfrage mitteilte, kommen die Zeitungen jedoch nicht zur Verteilung. Ein im Norden Kiels liegendes Alten- und Pflegeheim teilte dem Forum mit, es werde die Annahme der Hetzschriften in Zukunft verweigern. Ein nachahmenswertes Beispiel.

Revanchistische Hetze aus Nordfriesland

Roland Bohlingers „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur"

„Insgesamt steht uns (..) ein gewaltiger Revisionismus und Machtumschwung bevor. Und wenn es jetzt noch so aussieht, als würden die deutschen Ostgebiete endgültig preisgegeben sein - in fünf bis zehn Jahren kehren sie zurück, zunächst wohl in verdeckter Form, vielleicht als EG-Schutzgebiet, jedenfalls aber als Folge ähnlicher Zugzwänge, die auch schon der Hauptgrund waren für das Zustandekommen der Vereinigung West- und Mitteldeutschlands." (Roland Bohlinger im Juni 1991)

In den vergangenen Sommertagen ist vielerorts im Bundesgebiet Post in Briefkästen geflattert, die vom Adressaten nicht bestellt war. Nach einem, nur ihm bekannten Auswahlverfahren hat der in Struckum/ Nordfriesland ansässige „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" ein Bändchen mit dem Titel „Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht" an Personen jeder Altersgruppe verschickt.

Der LeserIn der ca. 140 Seiten umfassenden Schrift wird auf dem beiliegenden Rechnungsblatt mitgeteilt, daß es sich bei dieser „unverbindlichen Ansichtssendung" um den „Teil einer politischen Aufklärungskampagne" handelt. Der Adressat sei weder „zur Annahme noch zur Aufbewahrung noch zur Zahlung" (DM 10,80) verpflichtet.

Der Versand des Bändchens mit revanchistischem Inhalt - angestrebt wird die „Rückkehr der deutschen Ostgebiete" - läuft im Rahmen eines „volkspädagogischen Feldzuges", den Roland Bohlinger, Bundesvorsitzender des „Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbandes e.V." (DRLV) und Inhaber des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur" (beide Struckum), mit Schreiben vom 5. Juni 1990 bundesweit angekündigt hatte. Gestartet wurde der „Feldzug" mit der Verbreitung einer „Berliner Erklärung zur Zukunft Deutschlands" vom 31. Mai 1990, die in enger Anlehnung an einen Text der „Rechtsverwahrung" des ewiggestrigen „Präsidiums der 'Nationalversammlung des Deutschen Ostens'" vom 1. April 1990 entstanden ist.

Bezüglich der Gebiete des „deutschen Reiches, die jenseits der sogenannten Oder-Neiße-Linie liegen", stellt die Berliner Erklärung fest, daß diese Gebiete „und deren angestammte Bewohner" ihr „Wohnrecht und ihr dort gelegenes Eigentum nicht verloren" haben. Der Erklärung ist ferner zu entnehmen, daß die Unterzeichner Rechtsverwahrung „gegenüber jeder Form der Aufgabe der völkerrechtlich gesicherten Rechtsansprüche auf die genannten deutschen Ostgebiete" einlegen.



Seit Beginn seines „Feldzuges" hat Bohlinger, der nach Eigenangaben „über mehr als 130.000 Anschriften nur aus dem sogenannten nationalen und völkischen Bereich" (Juni-Rundbrief 1990) und über eine „große Zahl von Anschriften aus dem konservativen Bereich und aus Kreisen der Vertriebenen" verfügt, revanchistische Lektüre (Bohlinger: „Das Ziel der Veröffentlichungsreihe ist, für den künftigen politischen Kampf grundlegendes Material bereitzustellen.") wie

- „Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens" von Werner Fuchs
- „Die Entdeckung Westpreußens und Posens" von Hermann Rauschning
- „Deutsche Aufbaukräfte in der polnischen Entwicklung" von Kurt Lück
- „Die deutschen Ostgebiete aus staats- und völkerrechtlicher Sicht"; v.i.S.d.P.. Bohlinger zigtausendfach verschickt.

Bei der letztgenannten Schrift handelt es sich um die Erstauflage (1990) des nun vertriebenen Bändchens „Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht". Im Gegensatz zur Erstveröffentlichung, von der mehr als 20.000 Exemplare verbreitet worden sind, ist der nun vorliegende Band (5. Auflage) um rund 80 Seiten erweitert.

Auf dem Titelbild des Bändchens wird der 1. Nachkriegs-Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, mit dem Zitat „Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Wir lehnen Nationalverrat ab!" von dem rechtsextremistischen DRLV (Konten in der BRD, Österreich und der Schweiz) für seine Propaganda mißbraucht.

Die 1. Seite des Bandes wird durch den Unterstützungsaufruf einer „Initiative zur Förderung kulturtragenden Schrifttums" (Husum) gefüllt, der u.a. von folgenden Personen aus dem breiten Spektrum des „nationalen Lagers" unterzeichnet worden ist:

- Dieter von Glahn, ehemals Aktivist des „Bundes Deutscher Jugend" (BDJ) und dessen illegalem Arm „Technischer Dienst" (TD), bundesdeutscher Vorläufer von „Gladio"
- Prof. Dr. Helmut Schröcke, Unterzeichner des rassistischen Heidelberger Manifestes (1981), Plattform des späteren „Schutzbundes für das Volk" (SDV)
- Ernst Günter Kögel, Vorsitzender der „Vereinigung für gesamtdeutsche Politik"
- Prof. Hellmut Diwald, revisionistischer Vielschreiber in rechtsextremen Publikationen

Pierre Krebs, Vorsitzender des „Thule-Seminars", der Ideologieschmiede der sog. Neuen Rechten

- Adrian Preißinger, Chefredakteur von „NATION. Das politische Magazin für Deutsche"
- Karl-Heinz Sendbühler, Ex-Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB)
- Ernst Otto Cohrs, führender Kopf des „braun-grünen" „Weltbundes zum Schutz des Lebens - D" (WSL-D).

Bohlinger weist in seinem Vorwort selbst auf die thematischen Fragenstellungen des Bändchens hin:

- „Die Abtretung der deutschen Ostgebiete verstößt gegen das geltende Völkerrecht und Verfassungsrecht. Das wirft die Frage auf, ob damit die Befürworter der Abtretung als Rechtsbrecher einzustufen sind.
- Die Abtretung dient nicht deutschen, sondern ausländischen Interessen. Daraus ergibt sich als nächste Frage, ob die Abtretung als Volks- und Landesverrat zu werten ist.
- Schließlich muß die Frage gestellt werden, ob der Bonner Staat nicht ein antideutscher Staat ist. Dieser Frage wird in diesem Heft an mehreren Stellen nachgegangen."

Veröffentlicht hat Bohlinger in dem Bändchen auch ein von ihm verfaßtes Schreiben („Betr.: Beteiligung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen" v. 11. Juni 1991) an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem er diese auffordert: „Sorgen Sie in ihrem Hause vor allem für die notwendige Selbstbesinnung und den Abbau der selbst- und wertzerstörenden Kräfte!"

Über Bohlingers Verlag, der vorwiegend mit Faksimile-Drucken von Büchern aus den 30er und 40er Jahren aufwartet, sind auch kostenlose Probeexemplare von Publikationen wie „Der Schlesier", „Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens", „Nation" oder „Mensch und Maß" erhältlich.

Der nordfriesische Rechtsextremist hat neben seinen Tätigkeiten als Verleger und Vereinsvorsitzender auch durch rund 40 Prozesse gegen bundesdeutsche Atomanlagen („Bei der Nutzung der Atomspaltenergie geht es nur vordergründig um Energiegewinnung. In Wirklichkeit liefern sich hier fast alle bedeutenden Machtgruppen einen Kampf, wo um weltanschauliche Macht ebenso gerungen wird wie um wirtschaftliche, militärische und administrative Macht.") auf sich aufmerksam gemacht.

Am 19. Januar 1991 hat er ein „Forum für deutsche Selbstbestimmung" ins Leben gerufen, das eine „projektbezogene Zusammenarbeit" verschiedener rechtsextremer Gruppierungen im norddeutschen Raum anstrebt.

Bohlinger, einer der hartnäckigsten Rechtsextremisten im „Kampf um die Rückgewinnung der Ostgebiete", in seinem Vorwort für „Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht", abschließend drohend: „Vae victis lehrt die Geschichte - wehe den Besiegten! Aber auch das lehrt die Geschichte: Jene, die den Bogen überspannen, werden schließlich die Verlierer sein."

Anton Maegerle

Verbotene Vereinigung wollte NSDAP aufbauen

Angeklagte Neonazis in Stuttgart zeigen sich ungerührt/ Beim „Referat für Sicherheit" waren auch Juden registriert

Vor der 17. Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart, der Staatsschutzkammer, wurde jetzt nach vierwöchiger Pause der Prozeß gegen elf Neonazis wegen „Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot" fortgesetzt. Die meist jüngeren zehn Männer und eine Frau sind angeklagt, bis zum Jahre 1988 in den alten Bundesländern eine verbotene rechtsextremistische Vereinigung weiterbetrieben zu haben. Der Prozeß hatte am 6. Februar dieses Jahres begonnen.

Das Ziel der mit verschiedenen Organisationsformen operierenden Neonazi-Bewegung war die Wiedererrichtung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, NSDAP. Die zwischen 23 und 62 Jahre alten Angeklagten sollen dabei Rädelsführer gewesen sein.

Im Jahre 1983 hatten Rechtsextremisten in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten" (ANS/ NA) gegründet. Mitbegründer und Führer war der im Frühjahr 1991 verstorbene Michael Kühnen.

Die ANS/NA wurde bereits wenige Monate nach ihrer Gründung verboten. Das Verbot wurde jedoch erst im Jahre 1986 rechtskräftig. In der Zwischenzeit und auch danach sollen die in Stuttgart Angeklagten die verbotene Vereinigung mit den gleichen Zielen weiterbetrieben haben.

Nach Erkenntnissen der bundesdeutschen Ermittlungs- und Staatsschutzstellen wurde zur Fortsetzung dieser neonazistischen Aktivitäten die rechtsextreme „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) unterwandert.

Die in Stuttgart angeklagten Neonazis betrieben schon seit Jahren volksverhetzende, antisemitische und ausländerfeindliche Aktivitäten und gingen zum Teil mit brutaler Gewalt vor. Beispiele dafür sind: Hakenkreuzschmierereien, tätliche Angriffe mit schwerer Körperverletzung gegen AusländerInnen und die Schändung der Gedenkstätten von jüdischen Opfern der NS-Gewaltherrschaft, sowie das Anzünden mit Benzin übergossener Kränze an der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Zu ihren Straftaten gehörte auch die Beschaffung von Handfeuerwaffen, Handgranaten und Sprengstoff. Damit hatte unter



anderem eine Brücke nahe der französischen Grenze in die Luft gesprengt werden sollen, um an einem Jahrestag der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse „der damals von den Siegermächten ermordeten Kameraden zu gedenken".

Die Angeklagten im Stuttgarter Neonazi-Prozeß reagierten bei der Verlesung solcher „Vorgeschichten" nur gelangweilt oder mit Grinsen.

In den Aktivitäten der Neonazis zur Wiedererrichtung der NSDAP hatte es verschiedene organisatorische und strukturelle Veränderungen gegeben. Vor allem durch das Bekenntnis von Michael Kühnen zu seiner Homosexualität kam es zu Spaltungen innerhalb dieser neonazistischen Bewegung.

Einige der Neonazis wollten das Ziel zum Wiederaufbau der NSDAP „auf demokratische Art" anstreben. In dem dann gegründeten „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) sollen die Aktivitäten der verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung jedoch fortgesetzt worden sein.

Bei einer bundesweit richterlich angeordneten Wohnungsdurchsuchung durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg stellten die Fahnder fest, daß nach dem sichergestellten Beweismaterial die Neonazis in der verbotenen Vereinigung auch ein „Referat für Sicherheit" (RfS) aufgebaut hatten. Das RfS befaßte sich mit dem „Ausspähen politischer Gegner". Die Kriminalpolizei hatte bei den Durchsuchungsaktionen Computerdisketten des RfS mit rund eintausendzweihundert gespeicherten Einzeldaten gefunden. Dazu gehörten auch Informationen und Adressenmaterial über jüdische Einrichtungen und Personen in den alten Bundesländern und in Israel.

Auf diesen Computerdisketten des RfS waren beispielsweise Informationen über Heinz Galinski, den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, und über den Jüdischen Nationalfonds in Frankfurt gespeichert, ebenso Daten über die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, über Ämter für Wiedergutmachung, über „Autonome", „Linke" und „Ausländerbanden", über die Deutsch-Polnische Gesellschaft und über bestimmte JournalistInnen.

Die Korrespondenz des „Referats für Sicherheit" erfolgte mit dem Vermerk „Geheim".

Der Prozeß gegen die elf angeklagten Neonazis wegen „Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot" ist inzwischen von einem kaum vorstellbaren Maß an Verzögerungen geprägt. Der fast ausschließliche Grund sind die von Anfang an systematischen Anträge des Hamburger Rechtsanwalts Jürgen Rieger (45), dem Verteidiger des Hauptangeklagten Jürgen H. Mosler (35).

Rieger stellte und stellt ständig Anträge „wegen Befangenheit", mal gegen einzelne Richter und mal gegen die gesamte Strafkammer. Er beantragte die Einstellung des Verfahrens und an anderen Tagen die Ladung und die Vernehmung zusätzlicher Zeugen, einschließlich solcher aus dem europäischen Ausland und aus den USA.

Bei nicht erkennbaren Anlässen attackiert der auf rechtsextremistische Klienten spezialisierte Rechtsanwalt Rieger die geduldig verharrende Staatsanwältin Susanne Ehrmann (35). Selbst bei ihren sparsamen und seltenen Erklärungen zur Sache reagiert Rieger ihr gegenüber barsch.

Bis jetzt hatte es seit Februar dieses Jahres dreiundzwanzig Termine gegeben, einer pro Woche; mit Ausnahme an Feiertagen und während der vierwöchigen Prozeßpause.

Verteidiger Jürgen Rieger ließ sogar den ehemaligen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann (67) als Zeugen laden. Angeblich hätte Riegers Mandant Mosler vor Jahren mit dem Generalbundesanwalt am Rande einer Karnevalsveranstaltung des Bundes der Kriminalbeamten „geplaudert".

Mosler, ehemaliger Generalsekretär der FAP, hatte seinerzeit als Drucker einer Firma für die Kripo-Karnevalszeitung mitgearbeitet. Bei jenem Gespräch soll Kurt Rebmann zu ihm gesagt haben, daß er „die politische Arbeit" Moslers für nicht strafbar halte. Der Ex-Generalbundesanwalt dazu in seiner Zeugenaussage: „In jenem Jahr bin ich überhaupt nicht bei der betreffenden Karnevalsveranstaltung gewesen. Und ich habe mich niemals zu Verfahren geäußert, die nicht zu meinem Bereich gehörten."

Die Verteidiger der in Stuttgart angeklagten elf Neonazis versuchen auch intensiv, die Weiterführung der verbotenen Vereinigung allein auf den inzwischen verstorbenen Neonazi Michael Kühnen abzuwälzen. Kühnen und andere radikale Rechtsextremisten hatten die neonazistische Organisation im Jahre 1978 zunächst als ANS aufgebaut.

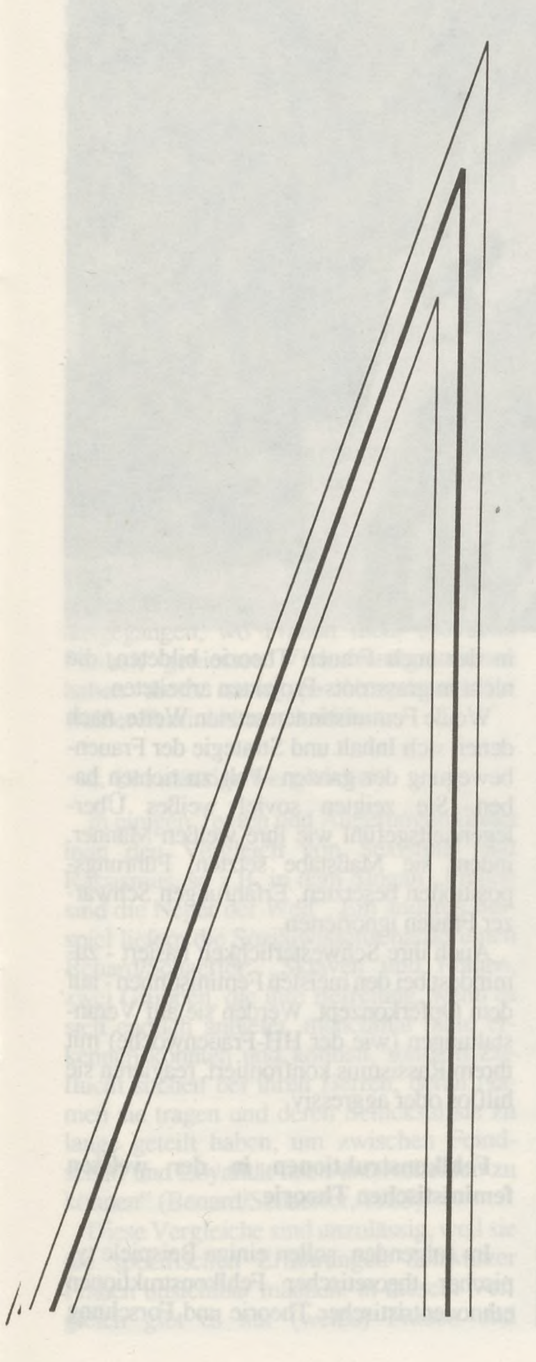
Alle elf in Stuttgart Angeklagten sind auf „freiem Fuß". Die 23jährige Mitangeklagte ist von den Verhandlungsterminen befreit, weil sie Mutter geworden ist.

(Dieser Artikel von Wolfgang Kyselka erschien zuerst in der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung 32/1991 vom 8.8.1991.)



Auch Michael Swierczek, hier in Wunsiedel, gehört zu den Stuttgarter Angeklagten

Den rassistischen Feminismus auf die Tagesordnung setzen!



(I. Teil)

Durchforstet man in den USA oder England die feministischen Bibliotheken und vergleicht sie mit den unsrigen, so fällt eines ziemlich deutlich ins Auge: Rassismus und Klassismus sind dort häufiger zentrale Kategorien, die die feministische Analyse bestimmen. Langsam kommt die Diskussion über Rassismus auch in unserer Frauenbewegung ins Rollen. Auffällig ist die Hilflosigkeit und Ablehnung, mit der wir weißen Frauen auf die Konfrontation mit unserer Privilegiertheit reagieren (siehe den Artikel in der letzten ATZE: „Ein Beispiel feministischen Machtverhaltens: Rassismus). Warum dies so ist, darauf kann der folgende Artikel vielleicht eine Teilantwort sein.

Sisterhood is powerful

In ihrem Buch „Feminist Theory - From Margin To Center" kritisiert bell hooks, daß Schwesterlichkeit in der Frauenbewegung immer vorausgesetzt und nicht als revolutionäre Leistung verstanden wurde, um die gekämpft und für die gearbeitet werden muß. Die Frauenbewegung basierte stattdessen auf der Idee der gemeinsamen Unterdrückung, die jedoch eine falsche Grundlage dafür liefert, wie verschieden und komplex die sozialen Lebensrealitäten von Frauen sind. Denn Frauen sind in unterschiedlicher Weise von Sexismus, Rassismus und Klassenprivilegien betroffen.

Der Opferstatus als Bündniskonzept

Sie spricht sich nicht gegen die Vision von Schwesterlichkeit aus, fordert aber eine Neukonzeption, die nicht von einem gemeinsamen Opferstatus ausgeht, wie es das Modell der bürgerlichen Frauenbewegung tut. Dieses Bündniskonzept spiegele das männliche Überlegenheitsdenken wieder: Frausein ist Opfersein. Dies ist jedoch eine Annahme, die den Erfahrungen vieler Frauen widerspricht, die nicht kontinuierlich passiv und hilflos sind. Die Opferlogik führe dazu, daß viele weiße AktivistInnen die feministische Bewegung verlassen, sobald sie sich mit dem Bild des Opfers nicht mehr identifizieren können. Meist waren diese „Opfer" auch wesentlich privilegierter durch Hautfarbe, Bildung und Geld als die große Mehrheit der Frauen dieser Welt.

Ihre Version der Schwesterlichkeit führte dazu, daß Schwestern sich bedingungslos lieben, Konflikte vermeiden, Unterschiede harmonisieren sollten.

Wie sollten Schwarze Frauen sich mit so einem Konzept identifizieren, wo sie teilweise so direkt mit den Privilegien weißer Frauen konfrontiert werden? Es sind die privilegierten bürgerlichen Frauen, die schwarze und arme Frauen für sich putzen, kochen und Kinder hüten lassen, während sie sich selbstverwirklichen.

Zudem können es sich die täglich ausgebeuteten Frauen nicht leisten, nicht auf ein bestimmtes Maß an Kontrolle über ihr Leben zu bauen, denn davon hängt ihr Überleben ab. Diese Frauen wollen sich vielmehr aufgrund ihrer Stärken und Ressourcen zusammenfinden. Und dies ist der Kern der Schwesterlichkeit.

An die Stelle des Opferkonzeptes muß die politische Solidarität der Frauen treten. Sexismus, Rassismus, Klassenprivilegien müssen aufgrund der Erfahrungen aller Frauen analysiert und bekämpft werden.

Dazu gehört, den Sexismus unter Frauen anzugreifen. Die eigene sexistische Sozialisation muß analysiert und aufgebrochen werden. Die Werte männlicher Vorherrschaft führen dazu, daß Frauen sich konkurrent, mißtrauisch und defensiv verhalten. Sie verbringen Stunden mit bösartigem Klatsch über andere Frauen. Viele Fernsehdramen charakterisieren Frauenbeziehungen als aggressiv, verächtlich und konkurrent. Eine gemeinsame Analyse wird den Frauen Stärke und Bestätigung geben und ein solides Fundament schaffen für die Entwicklung politischer Solidarität.

Eine weitere Schranke der Solidarität unter Frauen ist der Rassismus

Rassistische Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung machen es unmöglich für weiße und Schwarze Frauen zu glauben, sie hätten gemeinsame Ziele und politische Interessen. Weiße Frauen waren im Kolonialismus oftmals die direkten Vorgesetzten Schwarzer Frauen; insbesondere weiße Frauen verbreiteten in den Kolonialblättern das Bild vom faulen, schmutzigen und ungelehrigen schwarzen Dienstmädchen oder vom koketten

„Mischlingsweib" (vgl. Mamozai 1989). Aufgrund ihrer Privilegien waren weiße Frauen in den Dingen des Lebens unwissend, zudem noch emotional und ökonomisch abhängig von ihren Männern. Eine Erfahrung, die ihre schwarzen, hart arbeitenden Schwestern nicht teilen konnten. Historisch gesehen war das Interesse an der Erhaltung der weißen Vorherrschaft immer eine ebenso hohe - wenn nicht höhere - Priorität wie die Beibehaltung strikter Geschlechterrollen. Bell hooks schreibt: „Es ist kein Zufall, daß die Rechte der weißen Frau immer dann Beachtung finden, wenn es eine breite anti-rassistische Massenbewegung gibt. Selbst eine politisch äußerst naive Person kann begreifen, daß es im Interesse eines Staates weißer Vorherrschaft liegt, angesichts der Forderung, den Bedürfnissen der unterdrückten Schwarzen und/oder weißen Frauen (besonders bürgerlichen) zu entsprechen, auf die der weißen Frauen einzugehen" (bell hooks, übersetzt in beiträge 27, S. 83).

Aufgrund dieser historischen Erfahrungen sind Schwarze Frauen mißtrauisch gegenüber dem weißen Feminismus, denn auch hier setzt sich der Rassismus fort.

Die Macht der Definition

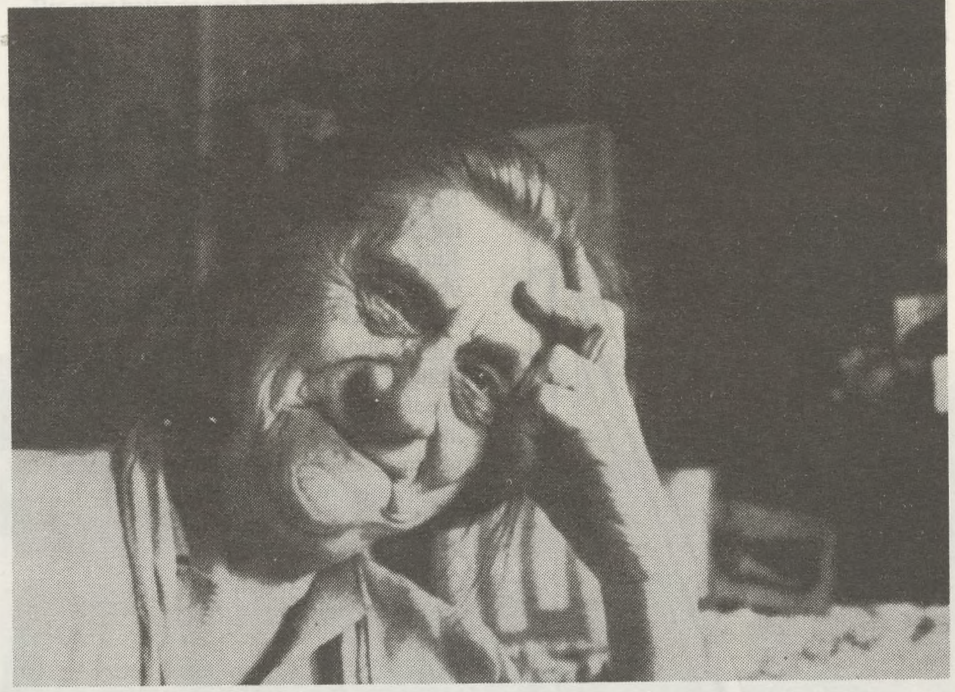
Weiße Feministinnen bestimmen Theorie und Praxis der Bewegung. Bürgerliche Frauen generalisieren ihre Erfahrungen und verbreiten sie als die Theorie des Feminismus. Diese Theorie bestimmt die Prioritäten der Bewegung, nicht nur im Westen, sondern für die ganze Welt. Weiße Frauen bestimmen wogegen Frauen der Zweidrittelwelt sich zu wehren haben: in Afrika gegen Klitorisbeschneidung, in Indien gegen Witwenverbrennung, in Lateinamerika gegen den Machismo.

Zugleich werden auch die Kriterien für die richtige Strategie vorgeschrieben: Maria Mies stellt fest, daß auch Dritte-Welt-Frauen nun die Notwendigkeit einer Ehe mit den Erste-Welt-Frauen sehen, sich im Jahre 1979 gemeinsam zusammensetzten und eine Art gemeinsames Verständnis darüber herausgearbeitet haben, was feministische Ideologie sei. Die Früchte dieser Ehe (nach Mies): „Diese echte Basisbewegung der Dritte-Welt-Feministinnen folgte ähnlichen organisatorischen Prinzipien, wie sie westliche Feministinnen haben." (vgl. Sanchita Basu 1991).

Schwarze Frauen machen die Erfahrung, daß weiße Feministinnen selbstverständlich die Führungspositionen einnehmen wollen. Sie wollen kein Teil der feministischen Bewegung sein - sie wollen leiten. Arroganterweise nahmen weiße Feministinnen an, ihr Appell an Schwarze Frauen zur Schwesterlichkeit sei bereits anti-rassistisch. Schwarze Frauen sollten der Bewegung „beitreten", sie würden faktisch als Gäste gesehen. Dem Antirassismus ist bereits Genüge getan, wenn ein bis zwei Schwarze Frauen in einem Projekt mitarbeiten - der Kampf gegen Rassismus wird jedoch nicht zur politischen Praxis der weißen Frauenbewegung.

Antirassismus ist auch in der deutschen Frauenbewegung noch nicht Teil feministischen Denkens und Handelns.

So wurde das 7. bundesweite Treffen der Einwanderinnen und Flüchtlingsinitiativen von einer weißen Deutschen, Veronika Bennholdt-Thomsen, eröffnet. Sie besaß immerhin die Einsicht, daß sie aufgrund ihrer Privilegiertheit die Möglichkeit zum Schreiben und Sprechen besitzt und deshalb diesen Kongreß eröffnet. Jedoch charakterisierte sie diese Möglichkeit als zufällig glücklichere Situation, die sie hofft, solidarisch nutzbringend einzubringen. Sanchita Basu schreibt hierzu: „Sie ist nur zufällig in der Lage, Theorie zu bilden, andererseits sind die anderen Frauen tatsächlich gehindert, das gleiche zu tun. Als weiße Feministin ist die Zufälligkeit ihrer Möglichkeiten ihr nichts Bedeutendes, es ist ja zufällig. Vielleicht hat diese Zufälligkeit zufällig auch mit Privilegien zu tun, mit Hierarchie, mit Macht, mit der bloßen Tatsache, daß sie als Referentin für den Einführungsvortrag eingeladen wurde?"



Zentrum und Peripherie

„Die neue Frauenbewegung der Bundesrepublik hatte ihr kulturelles und strukturelles Zentrum in den intellektuellen, mittelständischen Frauen gefunden, die sich aufgrund sexistischer Erfahrungen aus den Zusammenhängen linker Organisationen und der Studentenbewegung herauslösten. Frauen der unteren Schichten und Immigrantinnen blieben außerhalb oder an der äußeren Peripherie der Bewegung. Schwarze und jüdische Frauen rückten überhaupt erst in den 80er Jahren auf eigene Initiative ins Blickfeld" (Dagmar Schultz, Beiträge 27, S. 48).

Texte der deutschen Frauenbewegung zeigen, daß auch deutsche Feministinnen sich selbst als Zentrum definierten und Schwarze Frauen als Peripherie. Sie nehmen sich die Macht der Definition. Weiße Mittelschichtfrauen hatten Zeit, Geld und Macht, ihre Theorie des Feminismus zu entwickeln und zu verbreiten. Hinzu kam die Institutionalisierung der Frauenforschung, in der auch Frauen Theorie bildeten, die nicht in grassroots-Projekten arbeiteten.

Weiße Feministinnen setzten Werte, nach denen sich Inhalt und Strategie der Frauenbewegung der ganzen Welt zu richten haben. Sie zeigten soviel weißes Überlegenheitsgefühl wie ihre weißen Männer, indem sie Maßstäbe setzten, Führungspositionen besetzten, Erfahrungen Schwarzer Frauen ignorierten.

Auch ihre Schwesterlichkeit basiert - zumindest bei den meisten Feministinnen - auf dem Opferkonzept. Werden sie auf Veranstaltungen (wie der HH-Frauenwoche) mit ihrem Rassismus konfrontiert, reagieren sie hilflos oder aggressiv.

Fehlkonstruktionen in der weissen feministischen Theorie

Im folgenden sollen einige Beispiele typischer theoretischer Fehlkonstruktionen ethnozentristischer Theorie und Forschung

weißer Frauen dargestellt werden.

1. Vereinnahmung und Auslöschung (vgl. Dagmar Schultz, Beiträge 27)

In ihren Untersuchungen war „die Frau" die soziale Konstruktion, von der alle weißen Frauenforscherinnen ausgingen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß mit „der Frau" die weiße Frau der Mittelschicht in westlichen Ländern gemeint war, denn in den Forschungen fanden andere soziale Kategorien wie Klasse oder Rasse keinen Eingang.

Folglich ist die Analyse und Schlußfolgerung dieser Forschungen nur für einen - geringen - Teil der Frauen dieser Welt von Bedeutung. „Diese Vorgehensweise impliziert die Auslöschung spezifischer Formen der Unterdrückung von Frauen in konkreten kulturellen und historischen Zusammenhängen wie auch ihre Stärken und der Widerstandsformen, die Frauen entwickelten." (D. Schultz)

Schwarze Frauen haben andere Erfahrungen mit Sexualität, Hausarbeit, Arbeit, Öffentlichkeit und Privatheit etc. (vgl. den Teil II dieses Aufsatzes in der nächsten ATZE). Wenn wir das in unseren Theorien nicht beachten, vereinnahmen wir sie ungerechterweise.

Die Vereinnahmung zeigt sich auch in den Forschungen weißer Frauen über Immigrantinnen oder Frauen anderer Länder. Von vornherein wird hier von einem defizitären Ansatz ausgegangen (die Verhältnisse der Herkunftsländer sind traditionell patriarchal stärker geprägt, die Geschlechtertrennung fest zementiert). Es wird von einer scheinbar repressionsfreieren, westlichen Gesellschaft ausgegangen, wo Frauen mehr „sexuelle Freiheit" geniessen. Viele Immigrantinnen haben diese stereotype Vorgehensweise weißer Feministinnen kritisiert.

2. Unzulässige Vergleiche

In einigen Texten und Äußerungen findet man den Vergleich von Sexismus und Rassismus, so z.B. in dem Slogan „Frauen sind die Neger der Welt". Ein anderes Beispiel liefern die Sozialwissenschaftlerinnen Benard/Schaeffer: „Sklaven und Frauen, zwei Gruppen, die ihre Befreiung, wenn es sich endlich anbietet, manchmal nicht erkennen konnten und können, sondern Zuflucht suchen bei ihren Herren, deren Namen sie tragen und deren Schicksal sie zu lange geteilt haben, um zwischen Feindschaft und Loyalität noch unterscheiden zu können" (Benard/Schaeffer, 1985).

Diese Vergleiche sind unzulässig, weil sie die spezifischen Erfahrungen Schwarzer Frauen unsichtbar machen: in diesem Vergleich gibt es nur (weiße) Frauen und Schwarze - aber keine Schwarzen Frauen.

Auf diese Weise werden Unterschiede zwischen Frauen verwischt, die Erlebniswelt und Widerstandsformen Schwarzer Frauen nicht zur Kenntnis genommen. Und es werden Machtstrukturen verschleiert: die Gleichsetzung stellt Frauen in reichen Ländern mit ausgebeuteten Frauen armer Länder auf dieselbe Ebene. So verliert sich der Blick auf rassistische und imperialistische Machtstrukturen, wo Frauen gegenüber anderen Privilegien besitzen. Auf diese Weise entziehen sich privilegierte Frauen der politischen Auseinandersetzung. Marion Kraft schreibt dazu:

„Ich halte es daher für falsch, aus den sozioökonomischen Strukturen patriarchaler Systeme und den Ideologien, die diese stützen, eine Gleichsetzung von Sexismus und Rassismus herzuleiten. Dies kann nur zu der falschen Annahme der Gleichheit unterschiedlicher Ursachen der Unterdrückung und ihrer Mechanismen führen, verschleiert Widersprüche zwischen Opfer und TäterInnen, macht unsichtbar und verurteilt zum Schweigen" (M. Kraft, Beiträge 27, S. 26).

3. Addieren von Unterdrückung

Die Addierung von Unterdrückung geht davon aus, daß alle Frauen unterdrückt sind und einige noch eine zusätzliche Unterdrückung durch Rassismus, Ethnozentrismus, Klasse, Homosexualität erfahren. „Eine Person ist jedoch zunächst einmal Frau und dann auch noch Schwarze oder weiß, jüdisch heterosexuell oder lesbisch. Sie ist z.B. eine lesbische Schwarze oder weiße Frau, und sexistische Institutionen und Bilder betreffen eine weiße und eine Schwarze Frau, ob heterosexuell oder lesbisch, in unterschiedlicher Weise" (D. Schultz, S. 52).

Wie bereits erwähnt, machen wir Frauen alle unterschiedliche Erfahrungen; zentrale Aspekte des Frauenlebens (Hausarbeit, Kinder etc.) haben für uns unterschiedliche Bedeutungen. Aus diesem Grund lassen sich Machtverhältnisse nicht zusammenaddieren - das verzerrt die Realität.

Frauen machen Erfahrungen in einer Person, wir können nicht von Schwarzen Frauen verlangen, von ihrer Hautfarbe zu abstrahieren, um über sich als „Frau" zu erzählen. Keine Schwarze verlangt von uns, von unserer Weißheit zu abstrahieren! (vgl. Spelmann 1989). So können wir nicht sagen, Schwarze Frauen werden doppelt unterdrückt - sie werden als Schwarze Frauen unterdrückt.

4. Hierarchisierung

Hier werden Unterdrückungsverhältnisse nicht mehr nur addiert, sie werden einer Hierarchie unterwiesen. Für weiße, linke Feministinnen eigentlich völlig absurd, kritisieren einige doch schon länger den (meist) von Männern propagierten Ansatz vom Hauptwiderspruch (Klassenkampf) und Nebenwiderspruch (Geschlechterkampf). Frauen wissen, daß die Geschlechterhierarchie nicht automatisch in der klassenlosen Gesellschaft zum Sturze kommt. Leider gehen linke Feministinnen oftmals nicht mit der gleichen Ausschließlichkeit gegen andere Formen der Unterdrückung vor (vgl. Asgedeth Ghirmazion/ Rita Herkenrath, Beiträge 27, S. 69).

Einige setzen dagegen einen neuen Hauptwiderspruch: „Nichts, weder Rasse noch Klasse, bestimmt so sehr ein

Menschenleben wie das Geschlecht. Und dabei sind Frauen und Männer Opfer ihrer Rollen - aber Frauen sind noch die Opfer der Opfer" (A. Schwarzer 1975).

In der deutschen Frauenbewegung findet sich das Thema Rassismus jedoch häufig nicht einmal als Nebenwiderspruch wieder, sehr selten wird Rassismus in unseren Texten berücksichtigt. Einzig einige englische Literatur lesende Frauenforscherinnen oder Besucherinnen von Frauenwochen, wo sich Schwarze Frauen zu Wort meldeten, sind sensibel geworden. Wir stehen erst am Anfang einer hitzigen Debatte, die in vielen Ländern schon seit Jahren geführt wird.

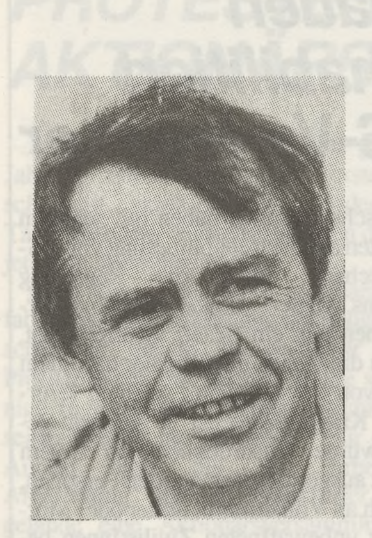
Ein weiterführender Ansatz wäre für unsere Theorie z.B. die Ethnopsychoanalyse, die soziologische und ethnologische Perspektiven vereint. Hier wird nicht nur eine soziale Gruppe untersucht, vielmehr werden eigene Einstellungen, Ängste und Vorurteile mitreflektiert. Auch setzt sich zunehmend ein neues Konzept durch, das Geschlecht als soziales prozessorientiertes und situationsbezogenes Konstrukt ansieht. Dieses Konzept wendet sich gegen den Biologismus, dem Konzept der Weiblichkeitskonditionierung, dem Bild von der passiv geformten Frau. Doch nicht nur in der Frauenforschung muß es Nachdenken und Umdenken geben, auch unsere politische Praxis muß hiervon berührt werden. Erst dann kommen wir dazu von „uns Frauen" reden zu können.

„Wir haben die Verantwortung, den Widerspruch, den der Begriff „rassistischer Feminismus" beinhaltet, auf die Tagesordnung zu setzen. Ein weißer Feminismus ist ein Widerspruch in sich selbst, ein rassistischer Befreiungskampf von Frauen ist Unsinn"
(Sanchita Basu).

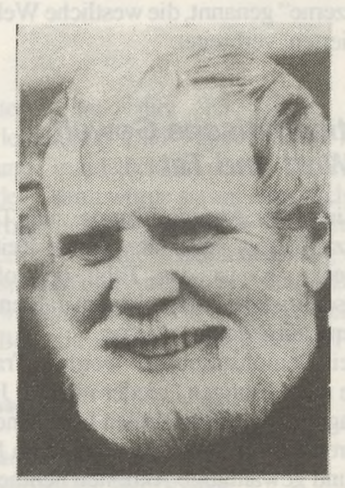
[Hinweis: In der nächsten ATZE folgt der II. Teil. Darin geht es um Frauenthemen aus der Perspektive Schwarzer und weißer Frauen:
- Körper, Sexualität; - Vergewaltigung; - Hausarbeit, Erwerbstätigkeit; - Vagabundinnen oder „ein Zimmer für sich allein" sowie um Perspektiven einer kritischen Auseinandersetzung mit weißem Feminismus.]

Literatur:
* Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 27, „Geteilter Feminismus (Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhaß)
* Sanchita Basu; Zentrum und Peripherie", Freitag Nr. 36/1991 vom 30.8.1991
* bell hooks; „feminist theory. from margin to center", south end press 1984
* bell hooks; Übersetzung in Beiträge 27, S. 77-93

Anti-semitismus in der Sowjetunion



Valentin Rasputin



Wassilli Below

Als in den ersten Monaten dieses Jahres einige hundert Juden und Jüdinnen wegen des Golfkrieges aus Israel in die Bundesrepublik flüchteten, erregte ihr Schicksal - besonders aber die Frage, ob die deutschen Behörden sie als UrlauberInnen oder Flüchtlinge behandeln würden - für kurze Zeit Aufsehen. Weniger Aufmerksamkeit fand die Tatsache, daß diese Menschen bereits eine Flucht hinter sich hatten, bevor sie Israel verließen. Aus der Sowjetunion waren sie vor dem wachsenden und drohender auftretenden Antisemitismus geflohen.

Wohl in keinem anderen Land findet der Mythos von einer jüdisch-freimaurerischen Verschwörung derzeit so breite Zustimmung wie in der Sowjetunion. Auch im Westen bekannt ist die „Pamjat-Bewegung". „Pamjat" bedeutet Gedenken oder Erinnerung und markiert so das Selbstverständnis dieser Bewegung, die für die Bewahrung bestimmter traditioneller Werte eintritt. Im Mittelpunkt der Propaganda stehen allerdings Nationalismus, Russophilie und Antisemitismus.

Unter der Bezeichnung „Pamjat" sammeln sich verschiedene Strömungen. Da sind die Alt-Stalinisten, die in Stalin nur den „Kämpfer gegen Faschismus, Trotzkismus und Zionismus" sehen. Da sind Neo-Stalinisten, zu denen Parteikonservative zählen, die sich gegen die politischen, ökonomischen und sozialen Reformen Gorbatschows wenden. Zu ihnen gesellen sich prominente Schriftsteller der sog. „Dorfprosa", die als Neo-Russophile bezeichnet werden, sowie antisemitische promonarchistische bzw. prozaristische Gruppen („Schwarze Hundert"). Schließlich gibt es auch offene Bewunderer des Faschismus und Nationalsozialismus.

Diese Strömungen verbindet bei allen übrigen wichtigen praktischen und programmatischen Unterschieden - und derer gibt es wichtige: Soll man das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Kollektivierung der Landwirtschaft beibehalten oder soll man gerade umgekehrt das kleine, selbständige Privateigentum zur Grundlage einer nationalen Volkswirtschaft machen? Soll man den Einparteienstaat und die Sowjetinstitutionen beibehalten oder soll man besser alle Parteien einschließlich der KPdSU auflösen und eine nationale Ordnungsdiktatur militärisch-patriarchalen Gepräges errichten? Oder soll man einen neuen Zaren wählen? - das gemeinsame Feindbild.

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung

Für die umfassende gesellschaftliche Krise der Sowjetunion, für das Rußland widerfahren(d)e Unglück in Vergangenheit und Gegenwart wird ein „zionistisch-freimaurerischer Komplott" verantwortlich gemacht. Typisch für dieses Weltbild sind die Äußerungen von Dmitrij Wassiljew, einem Moskauer Kunstfotograf und Führer der „Patriotischen Vereinigung Pamjat" (eine Strömung in der Pamjat): „Das Land muß aus der Sackgasse herausgeführt werden, in die es durch den aus dem Westen importierten Marxismus, d.h. die Ideen des deutschen Juden Marx, gebracht worden ist... Nikolaj II. ist von seinem Adel und Hofstaat, der durch das Freimaurertum zersetzt und mit revlutionären Ideen infiziert war, verraten worden... Die Februarrevolution war eine Freimaurerrevolution, geführt von einem gewissen Kerenski, der in Wirklichkeit Aaron Kirbis hieß... Dann kam die sog. Große Oktoberrevolution, die fast ausschließlich von Leuten jüdischer Herkunft angeführt wurde. Mit ihr ergriff der Zionismus die Macht, vertreten durch Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Swerdlow und andere, die Konzentrationslager errichteten und eine Politik des Genozids des russischen Volkes betrieben... Ja, wir sind einer zionistischen Weltherrschaft ziemlich nahe. Aber noch ist es nicht soweit. Sie besteht schon weitgehend in Amerika und Westeuropa. Aber wir hier in Rußland, wir wehren uns... Wir fühlen uns allen Kräften in der Welt verbunden, die die nationalen Traditionen ihres Volkes und ihre nationalen Helden heilighalten. Zum Beispiel Le Pen in Frankreich, den sie auch einen Faschisten nennen..."

Offen werden heute neben einer Übersetzung von Hitlers „Mein Kampf" auch wieder die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion" verbreitet, die angebliche jüdische Weltherrschaftspläne beweisen sollen. Diese waren vom zaristischen Geheimdienst „Ochrana" fabriziert worden, um Forderungen nach politischen und sozialen Reformen als Bestandteil einer jüdischen Verschwörung in Mißkredit bringen zu können. Dem gleichen Ziel diente auch die Organisierung antisemitischer Kampfbünde („Schwarzhemden"), die sich zwar an den grausamen Pogromen gegen Juden und Jüdinnen beteiligten, aber ihr eigentliches Ziel, den sich rasch vermehrenden sozialistischen Zirkeln, revolutionären Organisationen und demokratischen oder bürgerlich-konstitutionellen Parteien Paroli zu bieten, verfehlten.

In der Sowjetunion wurde Antisemitismus offiziell verboten; dennoch bediente man sich unter Stalin - z.B. bei der Bekämpfung der innerparteilichen Opposition - judenfeindlicher Ressentiments. Auch nach Stalins Tod wurden antisemitische

Mythen, u.a. der, nach dem Angehörige der jüdischen Hochfinanz, nun „zionistische Konzerne" genannt, die westliche Welt kontrollierten, verbreitet.

Antisemitische Gewalt in Wort und Tat

Wirkte der Antisemitismus, zum Teil als Antizionismus verkleidet, lange Zeit eher verdeckt, so ist das Tabu des offenen Antisemitismus in den letzten Jahren weitgehend aufgehoben worden.

Bei Demonstrationen werden Transparente mit Losungen „nieder mit den Juden" getragen, Flugblätter stellen Juden und Freimaurer als Verderber der russischen Kultur dar und gewalttätige Aktionen nehmen zu.

So sprengte bspw. im Januar 1990 eine Gruppe der „Pamjat" eine SchriftstellerInnen-Versammlung in Moskau. Die Aktion, bei der mehrere Menschen verletzt wurden, begleiteten wüste Beschimpfungen: „Sie, die Abtrünnigen der russischen Schriftsteller, Sie Freimaurerjuden, Sie können sich aus dem Saal hinausbegeben. Genossen Juden, verlassen sie den Saal, Sie sind keine Schriftsteller - wirkliche Schriftsteller sind Rasputin, Astafjew, Below." „Es reicht, eure Zeit ist vorbei, in diesem Saale haben Juden nichts zu suchen. Demokratie für das Volk - keine gesetzliche Duldung für Zionisten. Genossen Patrioten, kämpft gegen die Juden und Freimaurer. Heute sind wir noch mit dem Megaphon gekommen, das nächste Mal kommen wir mit der Maschinenpistole."

Im Bündnis mit Stalinisten

Von den eingangs aufgezählten Strömungen in und um die „Pamjat" sind politisch neben den Neo-"Schwarzen Hundert" noch die Neo-Russophilen und die Neo-Stalinisten bedeutungsvoll. Trotz wichtiger Unterschiede gibt es auch eine Vielzahl von Verbindungen. So konnte der bereits erwähnte Dmitrij Wassiljew im Dezember 1990 auf einer Veranstaltung der „Sojus"-Fraktion (der größten konservativen Fraktion im Volksdeputierten-Kongreß) im Moskauer Offiziersklub eine Rede halten und die Anwesenden zum gemeinsamen Kampf „gegen Tel Aviv und die weltweite Freimaurer-Verschwörung" aufrufen. Bereits im Sommer hatte die in neun Sprachen erscheinende, vom Verband der SchriftstellerInnen der UdSSR herausgegebene Zeitschrift „Sowjetliteratur" dem Pamjat-Führer 18 Druckseiten zur Verfügung gestellt.

Und bereits beim Jahreswechsel 1989/90 hatten sich zwölf Gruppierungen, die bereits den Schulterschluß von Nationalisten und Teilen der Kommunisten repräsentieren (u.a. „Vereinigte Arbeitefront Rußlands", „Bund für geistige Wiedergeburt des Vaterlandes"), zum „Block der sozial-patriotischen Bewegungen Rußlands" zusammengeschlossen.

Zwar ohne offen antisemitische Töne verfasst, läßt sich dennoch der Ton kultureller und völkischer Untergangsvisionen nicht übersehen, auf denen alle Vorstellungen von einer „Reinigung" Rußlands von „fremden Elementen" gedeihen. Neben einer „modernen Volksarmee mit einem tapferen, edlen Offizierskorps" und der entschiedenen Unterstützung der „Sicherheitsorgane" in ihrem Kampf gegen Korruption, Kriminalität und Subversion tritt der Zusammenschluß für die „Befreiung der Frau von unfreiwilliger Emanzipation und ihre Rückkehr in die Familie" ein, „wo sie ihre Rolle der Mutter, der Hüterin des Herdes und der Stütze der Nation erfüllen können."

Nationalisten im SchriftstellerInnenverband - Die „Dorfprosa"

Ein solches Bild der gesellschaftlichen Funktion von Frau und Familie findet sich auch bei den Vertretern der sog. „Dorfprosa". Diese Literatur, die sich seit den 70er Jahren zunehmender Beliebheit erfreut und in millionenfacher Auflage verbreitet wird, betreibt eine nostalgische Idealisierung der bäuerlichen Welt, die bis zur Ablehnung der gesamten städtischen Zivilisation geht. Vor allem transportiert die diese Literatur leitmotivisch durchziehende Gegenüberstellung von „den Unseren" und den „Fremden, von außen Kommenden", die vor allem gegen die von oben, aus der fernen Zentrale geschickten kommunistischen Funktionäre gerichtet ist, nationale Überheblichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Völkische Elemente kommen etwa in der Bindung an den „Boden", in der Orientierung an Formeln wie „Blut", „Gesundheit der Nation" oder „Scholle" zum Ausdruck. Führende Vertreter der Dorfprosa sind Viktor Astafjew, Wassilij Below und Valentin Rasputin.

(Literaturhinweise auf Anfrage bei der ATZE)

Litauen rehabilitiert NS-Verbrecher

Jüdische Gruppen haben mit scharfen Protesten auf die Rehabilitierung von NS-Verbrechern durch die Regierung Litauens reagiert. Litauen hatte im vergangenen Jahr ein Gesetz verabschiedet, in dem die Rehabilitierung der nach dem Krieg von sowjetischen Gerichten verurteilten Kriegsverbrecher in Aussicht gestellt wurde. Ausdrücklich von diesem Gesetz ausgeschlossen wurden Personen, die sich an Völkermord, Folter oder Morden an unbewaffneten ZivilistInnen beteiligt haben.

Dennoch sind unter den nun in Wilna Rehabilitierten auch eine Reihe von NS-Verbrechern. Das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles übermittelte dem litauischen Präsidenten eine Liste mit 13 rehabilitierten Kriegsverbrechern. Zu ihnen gehört Aloizas Juodes, Mitglied des berüchtigten 12. Hilfsbataillons, das in Litauen 9000 Juden und Jüdinnen ermordet hatte. Juodes hatte 1948 in seinem Prozeß gestanden, an einem einzigen Tag bei Minsk an der Tötung von 700 bis 1000 Menschen mitgewirkt zu haben. Ebenso rehabilitiert wurden der Polizeichef Ignas Asaduskas und Julias Nevera.

PROTESTE VERHINDERN IG-FARBEN AKTIONÄRSVERSAMMLUNG

Am 3. September 1991 ist es genau 50 Jahre her, daß in Auschwitz die ersten Menschen mit Zyklon B vergast wurden - zwei Tage, nachdem deutsche Soldaten die Sowjetunion überfallen hatten.

Einer der wichtigsten Handlanger der fabrikmäßigen Ermordung unzähliger Menschen und gleichzeitig einer der größten Profiteure des Faschismus wollte sich wenige Tage vor diesem Datum endgültig von seiner Geschichte „befreien“: Für den 30. August hatte die IG Farben „in Abwicklung“ auf dem Frankfurter Messegelände eine Aktionärsversammlung geplant. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Änderungen des Namens und des Unternehmensziels.

Proteste, die von der ausländischen Öffentlichkeit weitaus stärker beachtet wurden als in Deutschland selber, hatten schließlich Erfolg. Die Messe-AG in Frankfurt - deren Mehrheitsbesitzerin die Stadt Frankfurt ist - kündigte den Mietvertrag mit der IG. Begründung: „zu erwartende politische Unruhen“. Ein Bündnis, dem u.a. das Auschwitz-Komitee in der BRD, die VVN Hessen und die GRÜNEN im Umlandverband Frankfurt angehören, hatte nicht nur einen Offenen Brief an den SPD-Oberbürgermeister v. Schoeler geschrieben, sondern auch eine Demonstration an der Messe angekündigt. Ganz offensichtlich war der politische Druck dadurch zu groß geworden.

Die geplanten Aktivitäten unter der Parole „IG Farben: Das Mörderkartell bringt immer noch Profit“ richtet sich sowohl gegen Ort als auch den Zweck der Aktionärsversammlung. Vorgesehen war, die IG Farben in IG Beteiligungs- und Grundbesitz A.G. i.A. umzubenennen; das Unternehmen soll in Zukunft in- und ausländische Finanzanlagen und Beteiligungen erwerben und verwalten, außerdem im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten dürfen (zitiert nach der Einladung zur Aktionärsversammlung). Von Abwicklung offensichtlich keine Spur mehr: Expansion ist angesagt, das „Negativimage“, das jedoch immer noch am alten Namen hängt, soll abgestreift werden.



I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Abwicklung

Mitteilung an alle Aktionäre

I.G. Farben muß ihre Hauptversammlung auf Ende Oktober 1991 verschieben. Die Gesellschaft hatte ihre Aktionäre zum 30. August 1991 auf das Messegelände [illegible] Räumlichkeiten des Messegeländes verantwortlich ist, hat ihren Vertrag mit I.G. Farben überraschend am 22. August 1991 fristlos gekündigt. Sie hat sich dabei auf eine Klausel im Mietvertrag berufen, wonach sie die Benutzung dieser Räumlichkeiten bei Gefahr von politisch bedingten Unruhen sistieren kann. I. G. Farben konnte in der Kürze der Zeit nicht auf andere ausreichend [illegible]

Die Liquidatoren

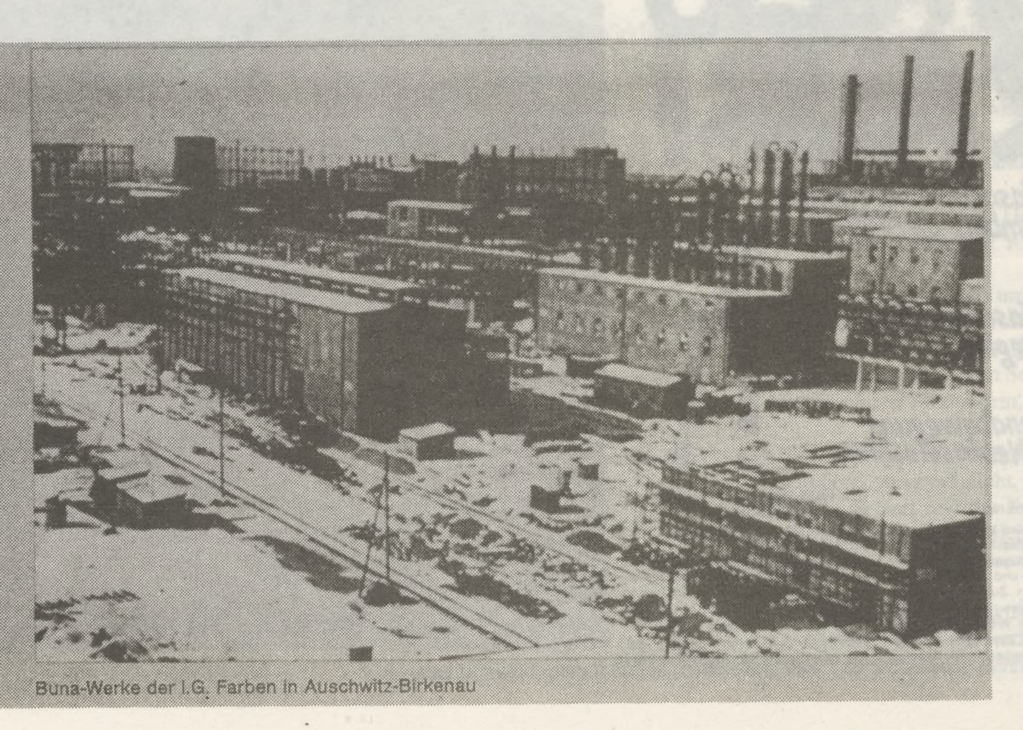
Absage der "Veranstaltung" in der FAZ 27.8.1991

Zentrale Schritte dazu hat die IG Farben bereits unternommen. Als nicht nur ehemalige Mitbesitzerin der Zyklon B-Herstellerfirma Degesch (heute im Degussa-Konzern weiterhin mit Giftgas-Produktion beschäftigt), sondern auch damals Betreiberin des Werkes Buna in Auschwitz, dessen Errichtung vor allem Häftlinge des Konzentrationslagers zu Tausenden mit dem Leben bezahlten, hat die IG nach der Einverleibung der DDR Ansprüche auf Anlagen und Grundstücke in der Ex-DDR angemeldet. Damit würde sie auf einen Schlag zum größten Grundstückeigner avancieren. Darüberhinaus ist die Wiederaneignung von Grundstücken und Anlagen in Polen (z.B. in Auschwitz) und der CSFR erklärtes Ziel.

Die Börse in Frankfurt hat auf diese Forderungen mit einem deutlichen Signal reagiert: Innerhalb des letzten Jahres stieg der Kurs einer IG-Farben-Aktie von acht auf 24 DM! Doch nicht genug damit: die IG Farben will ihre Aktionärsversammlung dort stattfinden lassen, wo sich von 1941 an eine der drei Frankfurter Sammelstellen für die Deportation von Jüdinnen und Juden nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager befand: Die Festhalle auf dem Messegelände. Deutlicher gehts kaum noch, wie die IG die Entsorgung ihrer Vergangenheit betreibt.

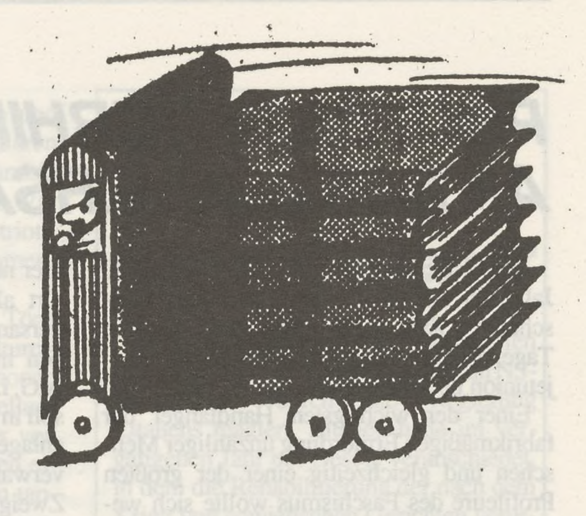
(AK 333)

„Für jeden ungelernten Häftling 3 Reichsmark pro Tag, für jeden gelernten 4 Reichsmark an die SS.“



Buna-Werke der I.G. Farben in Auschwitz-Birkenau

Buch Besprechung



Antisemitismus in Österreich - die Affaire Kurt Waldheim

„Wir sind alle unschuldige Täter" heißt ein Buch über den Antisemitismus in Österreich, in dessen Mittelpunkt eine ausführliche Darstellung und Analyse der Affäre Waldheim steht.

Im Vorfeld der Wahl Kurt Waldheims zum österreichischen Bundespräsidenten im Juni 1986 war dessen SA-Mitgliedschaft und seine militärische Verwendung auf dem Balkan bekanntgeworden.

In Österreich wurden die damit verbundenen Fragen als „unzulässige Einmischung von außen" angesehen, als „Drahtzieher" der „Jüdische Weltkongreß" ausgemacht, dem unterstellt wurde, er wolle „Österreich in den Schmutz ziehen". Die AutorInnen zeigen z.B., daß sich selbst österreichische Spitzenpolitiker daran beteiligten, den Jüdischen Weltkongreß zum Feindbild hochzustilisieren, und dabei u.a. auf den Mythos der „Stunde Null" (= Österreich als erstes Opfer der Nazi-Expansionspolitik) zurückgriffen.

Dabei leisteten auflagenstarke Tageszeitungen bereitwillig Unterstützung, indem sie die Stellungnahmen des „Jüdischen Weltkongresses" verfälscht wiedergaben und so ein Klima der Empörung über die „Unruhe provozierenden Juden" schürten.

Die Untersuchung, für deren Veröffentlichung sich kein österreichischer Verlag fand, zeigt deutlich, daß antisemitische Äußerungen und Anspielungen nach wie vor durchaus gesellschaftsfähig sind.

Auch wer sich allgemeiner mit antisemitischen Stereotypen und Argumentationsfiguren auseinandersetzen möchten, finden in diesem Band wichtiges Material.

(R. Wodak/ P. Nowak/ J. Pelikan/ H. Gruber/ R. de Cillia/ R. Mitten; „Wir sind alle unschuldige Täter", Frankfurt/Main 1990, stw 881, 24.- DM) •





Debatte



Für diese ATZE-Ausgabe erreichten uns Beiträge zu zwei im letzten Heft angeschnittenen Themen. Ein LeserInnenbrief zur Veranstaltung der „Roten Vira" (über Anthropologie und Rassismus) eröffnet diesen Debatte-Teil der ATZE. Es folgen zwei Stellungnahmen zur Kritik an den militanten Aktionen gegen die „Deutschen Unitarier".

In einem dieser Beiträge wird gegenüber der ATZE der Vorwurf erhoben, sie verhalte sich wie ein bürgerliches Presseorgan, da die Erklärung nicht vollständig abgedruckt worden sei. Dieser Vorwurf wurde nun auch in einer autonomen Zeitung für Schleswig-Holstein, der „Land unter", von „einigen Kieler AntifaschistInnen" erhoben. Die Redaktion war zum damaligen Zeitpunkt der Ansicht, daß der auszugsweise Abdruck der Erklärung ausreichend sei, da der Rest der achtseitigen Erklärung aus einer (u.a. in der ATZE) bereits veröffentlichten Faktenzusammenstellung bestand. Allerdings hatten wir nicht die Absicht, durch nur auszugsweise Veröffentlichung die Erklärung zu entstellen. Vielmehr waren wir davon ausgegangen, daß die achtseitige Erklärung genügend große Verbreitung auch im ATZE LeserInnenkreis finden würde. Dabei konnten wir zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen, daß eine der wichtigsten Kieler Verteilerstellen für Flugblätter sich weigern würde, die Erklärung auszulegen. Allerdings glauben wir, daß die von uns geforderte, und in diesem Heft durch den Abdruck mehrerer Erklärungen fortgesetzte Debatte, in der auch eine zweite Erklärung der „antifaschistischen/antirassistischen Aktion s/h" abgedruckt wird, unsere Position bezüglich unseres damaligen Vorgehens klar macht. Wir verstehen uns weiterhin als Zeitung, die die Diskussion zwischen allen Spektren der antifaschistischen Bewegung dokumentieren und vorantreiben will. Allerdings werden wir uns nicht jedesmal die „Sinnfrage" stellen, wenn mal etwas nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten abläuft. Wir sind der Meinung, daß nach nunmehr 13 Ausgaben in inhaltlicher Kontinuität der Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Medien klar sein dürfte.

Eine weitere Stellungnahme schließt diesen Themenblock ab.

Für Stil und Inhalt der Texte sind selbstverständlich die AutorInnen verantwortlich. Wegen des Umfangs der eingegangenen Diskussionsbeiträge haben wir eine kleinere Schrifttype gewählt. Wir bitten um Verständnis.

Gedanken zur Veranstaltung „Sozialanthropologie - eine Form von Rassismus - Beispiele Kieler ProfessorInnen" oder von der Schwierigkeit, über Rassismus zu diskutieren...

„Der Rassismus ist in Wirklichkeit diejenige Haltung die die intellektuellen oder moralischen Merkmale einer gegebenen Menschengruppe als direkte Folge ihrer physischen oder biologischen Merkmale ansieht."(1)

Der „(...) traditionelle Rassismus (muß, d.V.) gegen ethnische Minderheiten nicht zwangsweise biologisch argumentieren, er kann genauso mit kulturellen, psychologischen, sozialen, philosophischen oder anderen Argumenten operieren."(2)

Am 20.6. machte die „Rote Vira" eine Veranstaltung zum Thema „Sozialanthropologie - eine Form von Rassismus - Beispiele Kieler ProfessorInnen".

Aktueller Anlaß zu dieser Veranstaltung waren die Vorgänge um die Kieler Professorin Welpe, die wegen ihrer anthropologischen Forschung an Mädchen von den Frauen der „Roten Vira" kritisiert wird. Die Kritik der „Roten Vira" hat vehemente Reaktionen hervorgerufen - von Seiten der Kieler Fachhochschule, von Seiten der kritisierten Professorin, von Seiten der StudentInnenschaft der F.H. ...

Die enstandene Auseinandersetzung ist geprägt durch heftige Emotionalität, die eine sachliche Diskussion verunmöglicht, die Individualisierung einer möglichen Diskussion forciert und die Kieler Professorin zum Opfer politischer Kampagnen „Radikaler" stilisiert.

Es scheint fast, als wäre es denen, die eine politische Diskussion zu fürchten haben, gelungen, diese zu unterbinden.

Ein Ziel der Veranstaltung am 20.6. war es, diese politische Diskussion im breiteren Raum zu beginnen, um das Niveau von Verleumdung, Unsachlichkeit, persönlichen Anwürfen usw. zu verlassen; denn: zu

ernsthaft sind die Inhalte anthropologischer Forschung, zu gefährlich deren Auswirkungen, zu deutlich die Existenz von Rassismus und Sexismus.
Die Beiträge der „Roten Vira“ befaßten sich mit der anthropologischen Forschung des Kieler Professors Jürgens - als wissenschaftlicher Reaktionär ist dieser nicht unbekannt - und der Kieler Professorin Welpe, die sich mit ihrer Forschung in einem reaktionären Kontext bewegt und die These provoziert, ihre Inhalte seien rassistisch, da sie unkommentiert und distanzlos Materialien faschistoiden und rassistischen Inhalts nutzt. Es ging um die Geschichte der (Sozial-)Anthropologie, deren Ideologie, und es ging um Rassismus - um Rassismus in Forschung, Lehre und Wissenschaft, und es ging um den ganz alltäglichen Rassismus ... die Schwierigkeit, darüber zu diskutieren wurde nur allzu deutlich.

Zynisch ist es, wenn jenen, die versuchen, den Zusammenhang zwischen anthropologischer Forschung, deren Ideologie und dem (täglichen) Rassismus herzustellen, vorgworfen wird, sie machten eine Professorin zum Opfer politischer Ungerechtigkeiten - zynisch vor allem deswegen, weil eben jene schwache Professorin die Stärke besitzt, StudentInnen zu funktionalisieren, für sich agieren und leiden zu lassen.
Die Diskussion in der Veranstaltung war lange davon geprägt, daß sie auf das persönliche Schicksal der Frau Welpe oder deren Tätigkeit reduziert wurde.
Das Verharren auf dieser Ebene verhindert(e) eine Diskussion über Rassismus, Sexismus und deren Auswirkungen.
Da wurde sich breit darüber auseinandergesetzt, ob denn die Arbeiten der Frau Welpe das Prädikat von Wissenschaftlichkeit verdienten oder ob das intellektuelle Niveau ihrer Studien zu wünschen übrig lasse - vielleicht eine für SpezialistInnen interessante Debatte - jedoch ein Nebenschauplatz der Diskussion; dieses allemal, wenn in Vergessenheit zu geraten droht, welche Tradition und welchen Bestand Rassismus und Sexismus (nicht nur in der faschistischen oder faschistoiden) deutschen Wissenschaft haben.
Fast unerheblich schien, daß hier für Forschungszwecke ca. 400 Mädchen gebraucht wurden; d.h. daß die Meßlatte angelegt worden ist, sie angefaßt, bewertet, klassifiziert wurden, daß dieses Sexismus ist !!
Abgestumpft und hart, wenn die ziemlich anschauliche Darstellung und Erläuterung der Forschungspraxis des Herrn Jürgens keine weitere Erwähnung an diesem Abend findet, wenn die Schilderung seines menschenverachtenden Treibens mit nicht anderem kommentiert wird als mit deplaciertem Lachen - als wäre dieses spaßig.
Von großer Wichtigkeit schien an diesem Abend die Klärung der Frage, ob es denn nun Rassen gäbe - fast vergessen wurde, wie egal es ist, welche Hautfarbe, Nase, Kopfform, ... eine/r hat, und wie wenig egal es ist, wenn dieses klassifiziert wird.
Es drängt sich die Frage auf, warum es so wichtig scheint, das o.k. zu bekommen, auch weiterhin denken zu dürfen, der Rassebegriff sei von Bedeutung !!
Rassismus ist mehr als der Haß gegen schwarze Menschen; es ist auch rassistisch, die persönliche und individuelle Auseinandersetzung mit Rassismus und die Reflexion des eigenen Handelns zu vermeiden !!
Rassismus und Sexismus und auch Wissenschaften wie die Anthropologie entwickeln sich auch durch die Kritiklosigkeit ihnen gegenüber.
Der Abend in der Pumpe war ein lebhafter Spiegel der Unfähigkeit und der Vermeidung einer wirklichen Auseinandersetzung. Es wird - verdammt noch mal - Zeit, daß wir uns auf den Weg machen !! Wir nehmen uns im übrigen nicht aus von unserer Kritik.

Tina Mehmel
Gabi Mehmel

(1) Poliakov et al.: Über den Rassismus, Sechszehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns, S. 27; Ffm./ Berlin/Wien 1984
(2) Dritte Welt Laden Losheim (Hrsg.): BRD und Dritte Welt 45, Heft 3-90/91, S. 5

Anm.: Beide Zitate wurden auch von den Veranstalterinnen genutzt.

Brauner Kack im religiösen Frack II - Wir haben einen fehler gemacht und unsere kritik an einigen antifaschistInnen

august 1991

wir haben in der Nacht vom 29.5.1990 auf den 30.5. 1991 drei verschiedene einrichtungen der völkisch rassistischen sekte - deutsche unitarier religionsgemeinschaft - (unitarier) besucht.
in pinneberg haben wir das unbewohnte tagungshaus des faschisten g. pahl mit drei brandsätzen angegriffen. (näheres über die aktion und die hintergründe steht in unserer 8-seitigen erklärung und ist u.a. in der interim nr. 150 abgedruckt).
in Lübeck haben wir die scheiben des unitarier-büros eingeworfen.
in Kiel haben wir ebenfalls am unitarier haus scheiben eingeworfen, und einen liter buttersäure hinterhergekippt.
in kiel und lübeck haben wir bewußt auf brandsätze verzichtet da in den häusern auch menschen wohnen.
ziel unserer aktion war es einerseits die infrastruktur der unitarier zu stören und andererseits über die unitarier relativ breit zu informieren.
da wir damit rechneten, daß in den bürgerlichen medien nichts oder nur verfälscht über unsere aktion berichtet würde, haben wir unsere 8 seitige erklärung einige tausend mal gedruckt und zumindest in norddeutschland unter die leute gebracht.
bei der aktion in kiel ist uns ein fehler unterlaufen. zwei der eingeworfenen scheiben gehörten nicht zu dem unitarierbüro, sondern zu einer privatwohnung - die buttersäure landete im badezimmer dieser privatwohnung.
wir bedauern einen unbeteiligten getroffen zu haben und wollen uns auf diesem weg bei dem betroffenen entschuldigen. auf die genaueren umstände die zu diesem fehler geführt haben, können wir an dieser stelle (wegen möglicher rückschlüsse auf uns) nichts genaues sagen. wir versichern aber, daß wir es uns bei der aufarbeitung des fehlers nicht leicht gemacht haben und wir solche fehler in zukunft ausschließen können.
an dieser stelle wollen wir die antifaschistInnen die laut darüber spekulieren wer/welche wohl für den fehler in kiel „verantwortlich“ ist, eindringlich bitten ihr maul zu halten. wir finden es richtig uns nach einem fehler zu kritisieren oder politisch über den sinn oder unsinn einer solchen aktion zu diskutieren. eine andere sache ist es, laut über personen zu spekulieren. Wer/welche das macht arbeitet gewollt oder ungewollt den bullen in die hände und gefährdet unbeteiligte personen.

wir wollen auf kritik an der aktion, die uns aus kiel bzw. aus der antifaschistischen zeitung kiels ,der atze, bekannt ist eingehen, wollen jedoch auch die positive kritik die uns erreicht hat erwähnen.
zuerst haben wir selbst kritik an der atze. in eurer ausgabe nr. 12 bringt ihr die stellungnahme des antifaschistischen forums und einen leserbrief von domingo p., die beide unsere aktion kritisieren. den gegenstand der kritik, nämlich unsere erklärung reduziert ihr auf ein paar aus dem zusammenhang gerissene zeilen. eure leserInnen können sich damit also gar nicht auseinandersetzen. solcher art zeitungsmache kennen wir eigentlich nur aus den bürgerlichen medien. wenn ihr eine solidarische auseinandersetzung über unsere aktion, über gemachte fehler und militanz überhaupt, wollt, hättet ihr euren leserInnen unsere erklärung nicht vorenthalten dürfen. aber vieleicht kann die kritik in der atze und unsere stellungnahme dazu doch zu einer breiteren diskussion über militanz in der antirassistischen/antifaschistischen bewegung in schleswig holstein führen. wir würden dies aufs schärfste begrüßen und uns daran beteiligen.. wir halten militante aktionen weiterhin für ein wichtiges standbein einer antirassistischen/ antifaschistischen politik.
nun zur kritik des antifaschistischen forums kiel:
ihr haltet unsere aktion für verfehlt und unsere begründung für unsinnig, ihr fordert uns zu vernunftgemäßem handeln auf und plädiert für ein gemeinsammes vorgehen großer teile der antirassistischen/ antifaschistischen bewegung in schleswig holstein. zu der inhaltlichen auseinandersetzung mit den unitariern sagt ihr, sie sei an anderer stelle (als in unserer erklärung) solider geführt worden, darum braucht ihr euch damit nicht auseinanderzusetzen. ihr bezeichnet uns als großsprecherisch und verweist auf einen antifaschistischen ratschlag in

kiel, wo eine linie der antifaschistischen politik gegen die unitarier festgelegt wurde, der unsere aktion nicht entsprach.
daß ihr uns als Dilettanten bezeichnet, wg. dem fehler in Kiel(in lübeck und pinneberg sind uns übrigens keine fehler unterlaufen) akzeptieren wir. wir würden es eher als ungenauigkeit zwischen uns bezeichnen. allerdingens sehen wir uns in einem lebenslangen prozess aus fehlern zu lernen.
eure kritik ist total formal und es ist nichts von euch und euren ideen erkennbar, wie ihr euch gegen die zunehmende faschistische formierung und akzeptanz rassistischen gedankenguts in der bevölkerung wehren wollt. ihr bewegt euch bewusstlos innerhalb der herrschenden verhältnisse und der von ihnen produzierten mentalität, die die menschen in den überschaubaren zustand der verantwortungsunfreiheit führen (seid vernünftig - gegen die linie des ratschlages) Allerdings geht dies auf kosten einer rapide zunehmenden individuellen und sozialen anpassung/ ohnmacht. solche (eure) politik hat in kiel schon mal dazu geführt, daß der versuch von organisierung (selbstorganisierung) und austausch gescheitert ist (antifa plenum kiel). Damals lief das über das „politikermäßige aussitzen“ einer verbotskampagne als zentrale kampagne der antifabewegung.euer ruf nach vernunft, nach demokratischen spielregeln, nach gesellschaftlichen mehrheiten und beschlusslagen, ist naiv und verkennt die möglichkeiten und das gewaltpotential des modernen imperialismus.
Die alternative dazu ist ein permanenter prozeß der lösungssuche, des aufbaus - und vor allem der haltung, die mensch leben und menschen gegenüber einnimmt. läßt mensch ständig andere für sich entscheiden, ist das der weg des verlustes der entscheidungsfreiheit.
im ersten fall entwickelt sich die erfahrung zu einem starken willen (z.B. rassisten und faschisten anzugreifen) , im zweiten vollzieht sich eine regression der persönlichkeit, die sich gewissermaßen in den zustand kindlicher unbeholfenheit und ohnmacht rückentwickelt. das metropolenindividuum in seiner welt, in der schon alles ausgedacht und ausgemacht ist. Oder in seiner spezifisch links alternativen ausprägung: das betroffenheitssyndrom - die welt der reinen ungeteilten unschuld.
in diesem zusammenhang eine frage an das forum aber auch an domingo p.(der /die zweite leserbriefschreiber/in in der atze): was macht ihr eigentlich, wenn ihr feststellen solltet, daß die mehrheit der bevölkerung der brd und der ddr reaktionär und/oder rassistisch eingestellt ist? wen oder was wollt ihr politisch/gesellschaftlich ächten - die unitarier? die unitarier sitzen dick und fett in dieser gesellschaft drin. ihre mitglieder sind in allen bürgerlichen parteien sowie in faschistischen organisationen vertreten. als organisation transportieren sie ihre völkisch-rassistische ideologie in die bevölkerung. genau wie die stiefelnazis, die parteien und der größte teil der medien oder die „neue rechte“etc: auch wenn die verschiedenen gruppierungen sich in den mitteln unterscheiden, ihre aufgabe in dieser gesellschaft ist klar: alles dient nur dem ziel der absicherung und erweiterung des modernen imperialismus (trotz aller widersprüche) oder anders ausgedrückt: der aneignung alles menschlichen um es unter kapitalistischen vorzeichen verwerten zu können.
die faschistischen und rassistischen formierungen arbeiten arbeitsteilig: während z.b. stiefelnazis die aufgabe haben, über terror angst in der bevölkerung zu schüren,und uns als linke , flüchtlinge, migranten oder frauen anzugreifen und zu beschäftigen (angriffe auf die meierei etc.) tragen die unitarier ihre menschenverachtende ideologie in eher bürgerliche kreise. wir finden es nicht nur legitim sondern notwendig die unitarier auch militant anzugreifen, genauso wie wir es richtig finden wenn die rz mit ihren mitteln einen asylrichter ins knie schießt (korbmacher) oder türkische jugendliche sich mit ihren mitteln gegen den täglichen rassismus wehren.
militanz ist immer auch ein ausdruck autonomer antifa-politik gewesen und wird es weiter bleiben. wir lassen unsere militanz nicht von unserer öffentlichkeitsarbeit trennen. autonome antifa-politik ist für uns die genaue recherche, die aufarbeitung und veröffentlichung dieser recherche, die abwehr von faschistischen angriffen und , wo möglich, der gezielte angriff auf faschisten und/oder ihre wegbereiter und unterstützer. gerade heute, wo die neue rechte relativ weit mit ihrer ideologie in der bürgerlichen gesellschaft fuß gefasst hat, finden wir es wichtig die träger dieser ideologie verstärkt auch direkt anzugreifen. wir halten militante aktionen für vermittelbar, vermittelbar zumindest an die, die die täglichen gewaltverhältnisse dieser gesellschaft ähnlich wie wir erfahren/erleben und angefangen haben ihre ohnmacht zu überwinden, um zu erleben, daß widerstand möglich und etwas sehr befreiendes ist. unser antirassistischer und antifaschistischer kampf und damit auch unsere militanz, ist nicht zu trennen von anderen sozialen kämpfen. (kampf gegen die folgen von umstrukturierung, gegen sexismus, für internationale befreiung) und nur in diesem zusammenhang macht er einen sinn. wir halten es für fatal zu glauben, die antifa-bewegung könne zum gegenwärtigen zeitpunkt die unitarier gesellschaftlich isolieren(und nach der isolierung könne man sie angreifen, wg. der hohen akzeptanz).
antifaschismus ist kein thema mehr, das von außen gegen diesen staat , gegen seine gesellschaftlichen machtträger, durchgesetzt werden muß (trotz noch vorhandener widersprüche im machtapparat, und im gegensatz zu der zeit zwischen 1945 und den 60/70 -er jahren). Heute gehört antifaschismus zum staatsgut, kein historischer rückblick kommt ohne das gedenken an die opfer des deutschen faschismus aus. mehr noch: indem der antifaschismus gesellschaftlich institutionalisiert wurde, konnten auch die „lehren aus der deutschen vergangenheit“ im rechts (staats-) sinn gewendet werden. mit der erzwungenen (auch durch die antifa-bewegung) anerkennung der historischen schuld und mitverantwortung, war überhaupt erst die möglichkeit eröffnet, die sich daraus ergebenden „lehren“ umzudrehen: aus der opposition, aus dem widerspruch gegen diesen nachfolgestaat, wurde ein bekenntnis zu diesem staat. „ das vergessen zu verhindern, ist ein mittel den menschen bewußt zu machen, was sie an der demokratie zu schätzen haben“(h. kohl in der fr vom nov. 1988).damit ist es den herrschenden ideologieträgern gelungen, die auseinandersetzung mit dem deutschen faschismus staatlich zu zentrieren. das hieß vor allem, diese nicht länger in den händen der verfolgten und oppositionellen zu lassen, sondern in eine „lehrstunde für demokratie“ zu verwandeln. heute lassen die herrschenden keinen gedenktag aus, um als erste über die lehren der geschichte zu reden.da ist kein platz mehr für einen antifaschismus, der dieser demokratie nicht huldigt, sondern gerade deshalb angreift. es ist nicht mehr das schweigen, es sind die antworten die dieser staat auf das „dunkle kapitel“ deutscher geschichte gefunden hat, die die täter/innen von unten mit den täter/innen von oben versöhnen, indem sie zusammen der „opfer“ des deutschen faschismus gedenken.

„opfer haben etwas rührendes an sich. man kann um sie weinen, mit ihnen leiden, sich der erschütterung anheim geben und sich dann wieder wichtigeren dingen zuwenden. es ist schrecklich, aber was hätte man schon tun können? die konfrontation mit den juden die etwas getan haben, ist weniger bequem. sie stellt die frage nach den „ariern“ die nichts getan haben. sie wirft generell den verdacht auf, daß man die verhältnisse so wie sie sind, nicht hinnehmen muß. daß man sogar gegen einen scheinbar hoffnungslos überlegenen gegner kämpfen kann“ (ingrid strobel: „sag nie du gehst den letzten weg“)

für uns ergibt sich aus dem vorhergesagten folgendes: die notwendigkeit stärker durch propaganda und aktion die verantwortlichen einer reaktionären und rassistischen politik anzugreifen. dazu gehört für uns auch die randzone zwischen neofaschisten und bürgerlichen kräften, in diesem falle die unitarier.

antirassistische/antifaschistische aktion schleswig holstein



Antifaschismus bedarf der Diskussion

Im Gefolge der Ende Mai durchgeführten Aktion gegen drei Treffpunkte der „Deutschen Unitarier" sind nunmehr verschiedene Stellungnahmen in Umlauf gebracht worden. Es würde den Umfang eines Zeitschriftenbeitrags sprengen, zu allen angesprochenen Gesichtspunkten Stellung zu nehmen; wir machen daher vor allem zu zwei im Papier „Brauner Kack im religiösen Frack II" entwickelten Gedanken, die die Einschätzung der gesellschaftlichen Realität betreffen, einige (sicher unvollständige) Anmerkungen.

A) Mit der Frage an die AutorInnen zweier Beiträge in der letzten ATZE, was sie denn täten, wenn sie feststellen würden, daß die Mehrheit der Bevölkerung der BRD und der DDR reaktionär und/oder rassistisch eingestellt sei, wird in der Erklärung der „antirassistischen/ antifaschistischen aktion schleswig holstein" (im folgenden: *ash*) eine Passage über das Selbstverständnis autonomer Antifapolitik eingeleitet. Grundtenor: rassistische Einstellungen sind in der Gesellschaft derart weit verbreitet, daß eine Isolierung dieser Ansichten und ihrer TrägerInnen nicht möglich ist. Schlußfolgerung der *ash*: „Gerade heute, wo die neue rechte relativ weit mit ihrer ideologie in der bürgerlichen gesellschaft fuß gefasst hat, finden wir es wichtig die träger dieser ideologie verstärkt auch direkt anzugreifen." Hier wird also ein direkter Zusammenhang zwischen der verstärkten Anwendung militärischer Mittel und dem Vordringen neurechter Ideologie hergestellt. Wir halten diese Sichtweise, die politische und organisatorische Schwäche durch den vermehrten Einsatz militärischer Mittel auszugleichen versucht, - vorsichtig formuliert - für falsch.

Der Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen unterliegt einer politischen Bestimmung. Und wer nicht darauf orientieren will, in den Köpfen der Leute etwas zu verändern (wozu auch gehört, den Rassismus inhaltlich zu bekämpfen)1 (1), will der/die gegen die Mehrheit der Bevölkerung den Kampf dann militärisch gewinnen?

Wir wollen an dieser Stelle nicht weiter auf das Verhältnis politischer und militärischer Mittel eingehen, sondern zurückkehren zur Ausgangsthese der *ash*, daß aufgrund der Verbreitung rassistischer und/oder reaktionärer Ansichten eine Isolierung bspw. der „Deutschen Unitarier" nicht möglich sei.

In der Tat sind die gesellschaftlichen Kräfte, die politisch bestimmt antirassistische Positionen vertreten, eine absolute Minderheit. Daneben gibt es eine Reihe von gesellschaftlichen Kräften, deren Engagement für Flüchtlinge und gegen bestimmte Formen von Rassismus und Diskriminierung von einem - je verschieden begründeten - humanitären Selbstverständnis gespeist wird. Neben der in den vergangenen Jahren stetig wachsenden Gruppe (in Wort und Tat) aktiver RassistInnen gibt es u.E. eine große Bevölkerungsgruppe, die - immens beeinflusst und beeinflussbar durch Hetzkampagnen in den Medien - z.B. weitere Einschränkungen des Asylrechts befürwortet.

Dennoch halten wir es für sinnvoll und möglich, den antirassistischen und antifaschistischen Kampf auch mit dem Ziel der Isolierung zu führen. Dabei macht es freilich wenig Sinn, mit einer statischen Vorstellung zu arbeiten und zu argumentieren (Zitat *ash*: „wir halten es für fatal zu glauben, die antifa-bewegung könne ***zum gegenwärtigen zeitpunkt*** die unitarier gesellschaftlich isolieren." Hervorhebung von AVANTI).

Sind die „Deutschen Unitarier" isoliert? Sind sie isolierter als vor - sagen wir - vier Jahren? Ist die von ihnen verbreitete Form des Rassismus isoliert? Welches waren jeweils die Gründe? Nur solche differenzierten Fragestellungen erlauben es, über Erfolg, Teilerfolg oder Mißerfolg der eigenen politischen Tätigkeit Rechenschaft abzulegen, über Handlungsalternativen und die weitere Tätigkeit nachzudenken. Vielleicht sind die folgenden Gedankenskizzen Anregung zur Diskussion.

Nein, die „Deutschen Unitarier" sind u.E. nicht isoliert, und es wäre wohl auch zu optimistisch zu sagen: aber bald. Sie verfügen über gute Verbindungen in die verschiedenen bürgerlichen Parteien, deren VertreterInnen in ihnen in der Mehrheit wohl nichts weiter als eine nichtchristliche Religionsgemeinschaft sehen. Den völkischen Rassismus „übersehen" sie dabei z.B. wegen ihres eigenen Rassismus oder der Unkenntnis der Formen, in denen Rassismus und Antisemitismus heute „modern" daherkommen.

Dennoch ist die Situation der „Deutschen Unitarier" heute eine andere, die politische und aufklärerische Tätigkeit von AntifaschistInnen nicht ohne Wert gewesen. Ihr Zugang zu finanziellen Ressourcen und menschlicher Arbeitskraft ist enger geworden, manche/r aus Reihen will mit den „Deutschen Unitariern" nichts mehr zu tun haben; führende Funktionäre der Organisation werden in dem Umfeld, in dem sie sich wie ein Fisch im Wasser bewegten, mißtrauisch beäugt, weil sie sich nicht eindeutig von rassistischen und faschistischen Aktiven distanzieren; die Teilnahme der Kieler Stadtpräsidentin an der Eröffnung des Unitarier-Hauses in Kiel wäre heute undenkbar. Sicher: ihre Nichtteilnahme würde nicht politisch begründet werden, sondern bürokratisch (Terminüberschneidung o.ä.), aber es deutet immerhin schon eine gewisse Verschiebung in einem Bereich des gesellschaftlichen Klimas in Kiel an.

Andere Bereiche sind davon freilich unberührt; dort verändert sich das politische Kräfteverhältnis eher zu unseren Ungunsten. Wir erleben zur Zeit eine massive politische Kampagne mit dem Ziel der weiteren Aushebelung des Asylrechts und einer weiteren Verschlechterung der Situation von Flüchtlingen in der BRD, die auch in Schleswig-Holstein bzw. Kiel ihren Niederschlag findet. Die öffentliche Debatte und damit das gesellschaftliche Klima werden derzeit beherrscht von der Frage, welcher Weg der effektivere sei zur „Eindämmung des Flüchtlingsstroms" - nicht bzw. kaum hörbar sind diejenigen, die die gegenwärtige rechtliche Lage verteidigen oder die ohnehin schon miserable Situation der Flüchtlinge verbessern wollen. Dabei wären deren Stimmen durchaus hörbar zu machen, wenn der Zustand der Zersplitterung aufgehoben würde. Und das sollte - bei allen Differenzen in anderen politischen Fragen - angesichts der zugespitzten Situation möglich sein. Nur: je später dies passiert, desto mehr politischer Boden ist bereits verloren, umso schwieriger wird es, den Prozeß der eigenen politischen Isolierung zu verlangsamen oder zu durchbrechen.

Angesichts der allgemeinen politischen und organisatorischen Schwäche antirassistischer und antifaschistischer Kräfte halten wir die Konzentration auf einzelne politische Projekte für sinnvoll, an denen Strömungen mit unterschiedlichem Verständnis antifaschistischer und antirassistischer Aktivität zusammenfinden. Wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit sollte die Beeinflussung des öffentlichen Klimas (= Isolierung rassistischer, völkischer, ... Positionen auch durch die Entwicklung und Verbreitung griffiger, breit verständlicher Gegenentwürfe) und der Austausch, die Entwicklung der Zusammenarbeit und die Organisierung der eigenen Kräfte sein. Nur so scheinen uns angesichts der breiten rassistischen Front zumindest kleinere Erfolge möglich.2 (2) Und genauso wie die Erfolge einzelner faschistischer Gruppierungen andere beflügelt haben, sollten auch Niederlagen die rassistische Sympathisantenschar vorsichtiger machen.

Wie sich die *ash* mit ihren Aktionen im Spektrum der antifaschistischen und antirassistischen Kräfte sieht (oder hält sie sich für die einzige und wahre?) und welchen Beitrag zur Isolierung die Aktion der *ash* leisten wollte (wollte sie?), ist uns nach wie vor unklar. Auf die

entsprechenden Fragen von Domingo P. hat es leider keine Antwort gegeben.

B) Die zweite Erklärung der *ash* schließt mit einigen Ausführungen über ein politisches Phänomen, das die AutorInnen Anti-Faschismus nennen: „Heute gehört anti-faschismus zum staatsgut, kein historischer rückblick kommt ohne das gedenken an die opfer des deutschen faschismus aus. mehr noch: indem der anti-faschismus gesellschaftlich institutionalisiert wurde, konnten auch die 'lehren aus der deutschen vergangenheit' im rechts(staats-)sinn gewendet werden. mit der erzwungenen (auch durch die antifa-bewegung) anerkennung der historischen schuld und mitverantwortung war überhaupt erst die möglichkeit eröffnet, die sich daraus ergebenden 'lehren' umzudrehen: aus der opposition, aus dem widerstand gegen diesen nachfolgestaat, wurde ein bekenntnis zu diesem staat."
Die Funktion dieser Ausführungen in der *ash*-Erklärung ist uns nicht recht nachvollziehbar. Möglicherweise soll zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht nur der Rassismus eine breite Basis in der Bevölkerung hat, sondern auch der Antifaschismus gesellschaftlich institutionalisiert wurde. Was das für politische Konsequenzen hat, bleibt unausgesprochen. Wir konzentrieren uns daher an dieser Stelle auch auf die Kritik an der u.E. unzulässigen und gefährlichen Begriffsvermischung, die weder für die antifaschistische Debatte noch für eine realitätstüchtige Einschätzung der politischen Situation taugt.

Von Antifaschismus als gesellschaftlicher Grundlage („gesellschaftlich institutionalisiert") zu sprechen, scheint uns angesichts der unbegrenzten Bewegungs- und Aktionsfreiheit faschistischer Banden, des verbreiteten Rassismus und einer staatlichen Ausgrenzungspolitik gegenüber Teilen der Bevölkerung ziemlich zynisch. Daß es inzwischen weitgehend ritualisierte und von den herrschenden Kreisen politisch funktionalisierte Gedenkstunden und -veranstaltungen für die „Opfer des Faschismus" gibt, bestreitet wohl niemand.3 (3) Dies aber als eine „anerkennung historischer schuld" und „antifaschismus" auszugeben, macht einen Nebenaspekt zur Hauptsache. Die tatsächliche politische Entwicklung der letzten Jahre läßt sich für uns - bei aller Widersprüchlichkeit eines solchen Prozesses - im Gegenteil eher unter dem Stichwort „Anti-Antifaschismus" zusammenfassen.

Zur Veranschaulichung nur einige kurze Anmerkungen:

- Im sogenannten Historikerstreit wurde von konservativen Wissenschaftlern und Politikern versucht, die Erinnerung an Auschwitz in Deutschland zu einer fernen Vergangenheit zu erklären, um sich so von dieser Erblast loszusagen. Die zahlreichen Gedenktage mit den Debatten über das „Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit" werden seit Anfang der 80er Jahre dazu genutzt, den von den Deutschen initiierten Angriffs-, Raub- und Vernichtungskrieg zu relativieren und Opfer und Täter zu vertauschen (bei Kohl u.a. ist nämlich das erste Opfer des Nationalsozialismus das „deutsche Volk" gewesen). Über die Politik der „verbrannten Dörfer", die Blockaden von Städten wie Leningrad, das Massensterben in den Arbeitslagern, die Okkupationspolitik mit den Germanisierungsprogrammen und der „Aussonderung" der Bevölkerung wird kaum oder unzureichend informiert. Deshalb gehen viele BundesbürgerInnen noch heute von der falschen Vorstellung aus, die über 26 Millionen Toten auf polnischer und sowjetischer Seite seien Opfer „normaler" Kriegshandlungen gewesen.

- Seit Jahren versuchen zur Zwangsarbeit verschleppte Menschen zumindest eine symbolische Entschädigung von den Konzernen zu bekommen, für deren Profit sie geschunden wurden. Von einer Anerkennung der Schuld der Konzerne und Großagrarier ist weit und breit nichts zu sehen. Stattdessen bemühen sich diese darum, ihre in der späteren DDR enteigneten Konzernteile zurückzubekommen. Selbst die IG Farben, wohl *das* Symbol für die Verantwortung der Industrie für Faschismus und Massenmord, beteiligt sich nach über 40-jährigem Status „in Abwicklung" an den expansiven Geschäften. *(Vgl. den Artikel in dieser ATZE)*

- Die Versuche, AntifaschistInnen und PazifistInnen für den Nazi-Massenmord und den Zweiten Weltkrieg (zumindest mit)verantwortlich zu machen, haben in den 80er Jahren zugenommen. Löste Geißlers These, der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, 1983 noch helle Empörung aus, so sind seit Mitte 1986 offene ideologische Angriffe auf AntifaschistInnen „normal" geworden. So behauptete der Soziologe Topitsch 1986 als einer der Schrittmacher rechtskonservativen Nationalbewußtseins, daß die antifaschistische Kritik an faschistischen Verbrechen ein Mittel sei, die Demokratie zu destabilisieren und die BRD ihren NATO-Verbündeten zu entfremden. Die „seriösen Kopfblätter" der bundesdeutschen Bourgeoisie verbreiteten solche Thesen immer ungenierter.
Der Bonner Politologe Knütter fordert seit Ende der 80er Jahre dazu auf, daß auch begrifflich unterschieden wird. Die Spaltung der antifaschistischen Kräfte will er an der Linie „Antifaschismus" vs. „Antinationalsozialismus" betreiben, wobei zum ersten diejenigen gehören, die gegen den Faschismus nicht nur - wie die „Antinationalsozialisten" „moralisch" argumentieren, sondern die auch „sozioökonomische und -strukturelle Veränderungen" für nötig halten, um ihn endgültig zu bannen. Seit kurzem verbreitet auch das Bundesinnenministerium diesen Ansatz, der zur Ausgrenzung eines Teils der antifaschistischen Kräfte führen soll.
(Der langjährige Vorsitzende der neofaschistischen NPD, Martin Mußgnug, bezeichnete schon 1988 den „Antifaschismus" als „Angriff auf unser Rechtssystem" und hetzte gegen AntifaschistInnen und DemokratInnen, die in den Kreiswahlausschüssen gegen die Zulassung der NPD gestimmt hatten.)

- Die DDR verstand sich als „antifaschistischer Staat". Aus dem Scheitern dieses Versuches, den Kapitalismus zu überwinden, wird auch das Scheitern des dort praktizierten Antifaschismus gemacht.4 (4) Im Unterschied dazu wird nicht nur die „Vergangenheitsbewältigung" in der BRD zunehmend positiv dargestellt, sondern über die unterstellte Gedankenkette DDR = stalinistische Verbrechen, DDR = antifaschistisch auch eine Denunziation der AntifaschistInnen betrieben, die vom Faschismus sprechen, ohne zum Kapitalismus zu schweigen.

- 1984 formulierten die neofaschistischen „Deutschen Monatshefte": „Im zukünftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten." Was wohl in erster Linie als Ende der Erinnerung an die Nazi-Verbrechen, in den Augen der NeofaschistInnen als Ende der „Nestbeschmutzung" und „deutschen Selbstzerstörung" zu verstehen war, hat sich inzwischen als erschreckend aktuell gezeigt. Die Auseinandersetzungen um den Supermarktbau in Ravensbrück, um die Stationierung des Finanzamtes auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen oder die in der breiten Öffentlichkeit unbeachtete, mit schwerer Räumtechnik durchgeführte Planierung des ehemaligen KZ-Außenlagers in Schwarzheide (des letzten ehemals faschistischen KZ-Lagers in Deutschland, wo Häftlingsbaracken, Gaskammer und Krematorium noch im Original erhalten waren) symbolisieren in ihrer Unsensibilität und Unbewußtheit gegenüber den Verbrechen des Faschismus in bezeichnender Weise den herrschenden Zeitgeist.

Der Anti-Antifaschismus ist als Teil einer umfassenderen politischen Strategie der Versuch der herrschenden Kreise, AntifaschistInnen mit sozialkritischer Faschismustheorie auszugrenzen und über die Relativierung der Nazi-Verbrechen autoritäre Herrschaft wieder in die Sphäre real diskutier- und realisierbarer Alternativen zu rücken. Vor dem Hintergrund einer nach einer Weltmachtrolle strebenden BRD erscheint uns eine breite Debatte über die Möglichkeiten und Perspektiven antifaschistischer, antirassistischer und anti-antifeministischer Politik dringend notwendig.

AVANTI- Projekt Undogmatische Linke

(1) Davon ist in der Erklärung der *ash* nicht die Rede. Dort heißt es zu den selbstgestellten Aufgaben: „autonome antifa-politik ist für uns die genaue recherche, die aufarbeitung und veröffentlichung dieser recherche, die abwehr von faschistischen angriffen und, wo möglich, der gezielte angriff auf faschisten und/oder ihre wegbereiter und unterstützer." Von der politischen Bekämpfung von Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und Antifeminismus kein Wort. Schade.
(2) Eine Vertiefung dieser Vorstellung, besonders bzgl. der damit verbundenen Schwierigkeiten würde hier wohl zu weit führen (Z.B.: Auch bei vielen Menschen, die sich als AntifaschistInnen verstehen, dominiert

die Vorstellung, Rassismus sei notwendigerweise die Idee einer „Herrenrasse", die anderen „Rassen" überlegen sei. Den modern aufgemachten Rassismen nicht mehr Aufmerksamkeit in antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit und Schulung gewidmet zu haben, schlägt nun negativ zu Buche.).

3 (3) Das bedeutet allerdings nicht, daß unter den TeilnehmerInnen derartiger Veranstaltungen nicht oft auch Menschen sind, die ernsthaft im antifaschistischen Widerstand tätig waren/sind.

4 (4) Ohne Zweifel ist gerade für AntifaschistInnen und deren zukünftige Politik interessant zu prüfen, welche gesellschaftlichen Strukturen und politischen Maßnahmen das Nazi-Potential in der DDR hervorgebracht haben und welche positiven und negativen Seiten der in der DDR praktizierte Antifaschismus gehabt hat.

LESERBRIEF ZU DEN STELLUNGNAHMEN ZU DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE EINRICHTUNGEN DER DEUTSCHEN UNITARIER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN IN ATZE NR. 12

in vielen/den meisten punkten kann ich domingo p. nur zustimmen. was meiner meinung nach falsch ist, ist die behauptung, daß die aktion „unverständnis, ablehnung, zum teil gar unmut hervorgerufen" hat. ich denke meine kreise, in denen ich mich bewege, gehören wohl auch zum antifaschistischen und linken spektrum, auch wenn ich mich und einige andere mittlerweile scheuen, uns als links zu bezeichnen. viele von diesen fanden die aktion an sich völlig o.k.. ich begreife militante aktionen als grundsätzlich notwendig, als druckmittel gegen die waffen der im demokratischen schafspelz versteckten machtmenschen, die von bullen, gesetzen, hetzartikeln, ... gar nicht genug kriegen können.

was mir und uns fehlte, und hier hat domingo völlig recht, ist eine bestimmung und genauere begründung, eine perspektive in der erklärung. daß einige antifaschistinnen ihre „erste, wichtigste und bis auf weiteres einzige aufgabe" darin sehen, die kritik zu erweitern und zu klären (an den unitariern), ist ihre bestimmung und vorstellung. stülpt sie bitte nicht allen über. überall, wo machtmenschen am drücker sitzen, sonst säßen sie wahrscheinlich auch nicht da, reichen worte nicht. ob die anschläge zu früh kamen, an punkten stattfanden, die nicht einleuchten, sind diskussionswürdige punkte, aber ich denke nicht, das der versuch ein breites bündnis hinzukriegen (ein beispiel) ein hinderungsgrund für solche herangehensweisen sein darf. revolution oder machtteilhabe? staat oder widerstand? freiheit oder anpassung? das antifaschistische forum hat deutlich gemacht, was sie wollen. aber ich/wir folgen euch nicht, wir haben andere vorstellungen und ziele. wie offen euer arsch ist, wird an wortwahl und darstellung deutlich. die leute, die die aktion gemacht haben werden von euch als „aktionistinnen", unvernünftig, unsolide, maulheldinnen, unsinnig, ... bezeichnet. ihr müßt wahnsinnig toll sein. leider merk ich nix davon. wenn ihr von mehrheitlich beschlossenen maßnahmen sprecht, dann grüßt eure führerinnen. der antifaschistische ratschlag ist nicht das entscheidende gremium, es wurde auch geschwiegen dort, weil ich und einige andere der meinung sind, daß es wenig sinn macht mit leuten wie euch, die unsere politischen, kulturellen und menschlichen vorstellungen bekämpfen und plattmachen, die mehrheitsfähig werden wollen, um dann ihr ding durchzuziehen, daß es sinnlos ist mit euch zu diskutieren. so weit ich erfahren hab, waren die kontroversen im technischen bereich (pumpe, uni), zu den inhalten konnte und wollte von meinen bekanntinnen nix gesagt werden, aus rücksicht auf magensäure und aus gemachten erfahrungen.

der punkt drei eurer erklärung hat dann einen gipfel erklommen, den ich von papa, aus der schule oder von den grünen kenne, „sieh ein, daß du ein fehler gemacht hast und bereue- dann hab ich dich wieder lieb". und vorher noch ein gespenst an die wand malen, dimensionenbrechend, abgedreht, ich kriege richtig angst. fehlt nur noch ein passendes bild. als antifaschistinnen sollte euch das bild vom „bösen juden" eigentlich bekannt sein, nix gerafft ??? ich sehe aktionen der selbstbefriedigung in anderem rahmen, und da red ich auch drüber, weil sie gefährlich und menschenverachtend sind (am strand im sommer, steine aus der dritten reihe, schlägereien aus frust, ...), militanz hat grundsätzlich in meinen kreisen eine wesentliche rolle, da die angeblich so demokratischen und freiheitlichen bonzinnen alles so biegen, daß ihre vorstellungen durchgesetzt werden. erst wenn es nicht mehr anders geht, weil die bäume sterben, weil tiere verschwinden, oder weil leute sich wehren, für eine lebbare zukunft kämpfen, auf allen ebenen, dann tut sich was, wenn auch leider immer zu wenig.

die art der kritik macht deutlich, daß das antifaschistische forum keine auseinandersetzung möchte. die hetzschrift im bildstil macht deutlich, was für „persönlichkeiten" dahinterstecken, vielleicht sollten wir mal wieder prüfen, warum totalitarismus/diktatur von wem auch immer, so attraktiv und akzeptiert ist.

(liebe atzemacherinnen, da ihr nichts dazu sagt, muß ich wohl davon ausgehen, daß forumspapier euch nicht grad aus der seele spricht?????)

MIT AUTONOMEN UND ANARCHISTISCHEN TRÄUMEN
FIGHT THE POWER

HÄGAR

atze - Fete

Flamenco
Jonglagen
Live Musik

Samstag 9. November 1991, ab 20 Uhr, Hansastraße 48

antifa - Spaß dabei!

Weil das Leben ist ja sonst so hart:
Prozeßkosten, Anwaltskosten, kaputte Busse, Flugblätter etc.

Veranstaltungen

3. 10. 1991
20 Uhr

Die Geschichte von „Degeneration" und „Entartung", 1850-1991.

Eine Dia-Serie des Gen-Archivs, Essen.
Pumpe, Haßstraße 22,
Rote Vira, Arbeitslosen-Initiative Kiel e.V.

4. 10. 1991
20 Uhr

Gegen das Vergessen

Gemeindehaus, Schloßstraße 78
Hamburg-Wandsbek
Öffentliche Auftaktveranstaltung zur 6. Arbeitstagung der BAG-Kritischer Polizistinnen und Polizisten
Mit:
Heiner Lichtenstein (Autor von „Himmlers grüne Helfer")
und
Norbert Steinborn (Autor von „Die Hamburger Polizei nach 1945")